

# Politix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

## EU-Osterweiterung



# INHALT

## Zum Thema:

Was bringt die fünfte Erweiterung der EU politisch und wirtschaftlich? <i>Otmar Höll</i> .....	4
The Bologna Process and South Eastern Europe <i>Pavel Zgaga</i> .....	6
Cultural Patterns of the European Enlargement Process <i>Leila Hadj-Abdou</i> .....	8
Die Wahl zwischen Beteiligung und Ausschluss – eine schwierige Entscheidung? Überlegungen aus Anlass der Wahlen zum Europaparlament <i>Markus Wolschlager</i> .....	10

## **Aktuell:**

Cowboys und Amazonen. Männlichkeit und Weiblichkeit im Kontext „Neuer Kriege“ <i>Saskia Stachowitsch</i> .....	12
„Wir wissen nicht, wer verantwortlich ist“. Über die westliche Folter im Irak <i>Markus Wolschlager</i> .....	14
Kärntner Landtagswahl 2004 – vorher und nachher. Ein Erklärungsversuch für das unerwartete Comeback des Jörg Haider <i>Martin Mittersteiner</i> .....	18

## **Intern:**

<b>POWI04 SPECIAL</b> Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich? <i>Vedran Dzihic und Eva Heidbreder</i> .....	20
Kreativität und Betreuung <i>Thomas König</i> .....	23
Die besten Köpfe? Kommentar zur Podiumsdiskussion <i>Marion Löffler</i> .....	24
Probleme von jungen PolitikwissenschaftlerInnen sind auch Probleme der Politikwissenschaft, oder nicht? <i>Monika Mayrhofer</i> .....	26
Generation 04 – zwischen Resignation und Aufbruch. Ein Bericht zur ersten österreichischen Graduiertenkonferenz für PolitologInnen <i>Ines Hofbauer</i> .....	28
Salzburger Betrachtungen zur POWI 04 <i>Stefan Fritsch</i> .....	30
Gewalt sichtbar machen. Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser <i>Daniela Almer</i> .....	32

## **Essay:**

Eis oder nicht Eis – das ist hier die Frage! Oder: Wie die Matrix und ihr Binärsystem schon Hamlet beeinflusst hat <i>Elisabeth Weigl</i> .....	34
---	----

## **Rezension:**

ArbeiterInnenbewegung im Sudan <i>Gerti Zupanich</i> .....	35
to puzzle over phantom. Ein Versuch gegen das Schweigen <i>Luise Luksch</i> .....	36

*Liebe Leserinnen  
und Leser,*

**W**ie Sie wahrscheinlich schon bemerkt haben, ist es uns bis dato leider noch immer nicht gelungen, SponsorInnen für Politix zu finden, um dergestalt wieder eine Printversion zu ermöglichen. Dessen ungeachtet hoffen wir aber auch diesmal, spannende und informative Lektüre bieten zu können, wenngleich einige ExpertInnen ihre Abgabefristen nicht einhalten konnten, weshalb der Schwerpunktteil auch ein wenig kürzer ausfallen musste. Besonders hinweisen möchten wir Sie dabei in diesem Zusammenhang auf den überaus interessanten Artikel von Pavel Zgaga, dem Dekan der Universität von Ljubljana, wie auch auf die derzeit am ipw laufenden Projekte, die Leila Hadj-Abdou in ihrem Beitrag vorstellt.

In der Rubrik „Aktuell“ finden Sie eine Beurteilung der gegenwärtigen Situation im Irak seitens unseres Redaktionsmitgliedes Markus Wolschlager. Ebenso aktuell unser Special bezüglich der powi04, der ersten Graduiertenkonferenz für Politikwissenschaft, die im Mai stattgefunden hat und vor allem für die angehenden DoktorandInnen fruchtbare Ergebnisse und wertvolle Einsichten mit sich gebracht hat, ebenso zentral war auch die Einschätzung der gegenwärtigen Situation für dieselben.

Wir wünschen einen erholsamen Sommer und einen guten Start in die neuen Organisationseinheiten!

Das Redaktionsteam Politix  
Wien, Juni 2004

## Impressum

### **HerausgeberIn:**

Institut für Politikwissenschaft (ipw)  
**MedieninhaberIn, VerlegerIn:** ipw,  
1010 Wien, Universitätsstr. 7

### **Redaktionsteam:**

Arztmann Doris, Hölzl Julia, Kreisky  
Eva, Luksch Luise, Mittersteiner Martin,  
Purkarthofer Petra, Rumpold Carina,  
Sauer Birgit, Weigl Elisabeth,  
Wolschlager Markus, Zahradnik  
Katharina, Zupanich Gerti

**Kontakt:** Birgit Sauer  
ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7  
T: 4277-47712, F: 4277-47719,  
e-mail: birgit.sauer@univie.ac.at

**Layout:** Luise Luksch

**Cover:** Susanne Wegscheider: **com\_unit** 

### **Herstellung:**

Institut für Politikwissenschaft (ipw)  
online-Publikation unter  
www.univie.ac.at/politikwissenschaft  
Erscheinungsweise: 2x/Jahr

**Offenlegung** gem. §25 MedienG.:  
MedieninhaberIn ipw, 1010 Wien,  
Universitätsstr. 7

**Blattlinie:** Politix informiert über insti-  
tutsbezogene Aktivitäten, sowie über  
aktuelle Entwicklungen in der  
Politik.Wissenschaft

# Was bringt die FÜNFTE ERWEITERUNG

Mit dem 1. Mai 2004 werden fünf zentraleuropäische und drei baltische Staaten sowie die beiden Inseln Malta und der griechische Teil Zyperns Mitglieder der Europäischen Union, die damit auf 25 Mitgliedstaaten anwachsen wird. Dies ist seit dem Beginn der (West)Europäischen Integration zu Beginn der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts der sicherlich bedeutsamste Schritt Europas auf dem Weg zu einer letztlich auch politischen Einigung. Die EU-25 stellt dann, historisch einmalig, einen umfassenden Raum der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der wirtschaftlichen Stabilität dar, dem für die Zukunft auch steigender Wohlstand ins Haus stehen soll. Zur gleichen Zeit finden bereits jetzt Verhandlungen über den Beitritt von Bulgarien und Rumänien und bald auch mit Kroatien statt, die der EU voraussichtlich im Jahr 2007 beitreten werden. Der aus einer Menge von Gründen "sensible" Beitrittskandidat Türkei, mit dem Beitrittsverhandlungen bisher nicht aufgenommen worden sind, erhält voraussichtlich Ende dieses Jahres grünes Licht für ebensolche Verhandlungen. Die meisten ExpertInnen gehen davon aus, dass diese jedoch aller Voraussicht nach eine längere Dauer (vermutlich zehn Jahre oder mehr) in Anspruch nehmen werden.

Man kann die Bedeutung dieser größten bisherigen Erweiterungsrunde gar nicht hoch genug einschätzen. Bedenkt man, dass hier zum größten Teil von Staaten gesprochen wird, die bis 1989/90 dem Ostblock angehört haben, die sich nun freiwillig und, wie auch die Referenden in den Ländern zeigen, mit einer signifikant großen Mehrheit der BürgerInnen für eine Mitgliedsperspektive in der EU entschieden haben, zeigt dies die ungebrochene Attraktivität dieses einmaligen europäischen Projekts. Schließlich hat der Vertrag von Maastricht von 1992 vorgesehen, dass jeder europäische Staat be-

antragen kann, Mitglied der EU zu werden. Gleichzeitig bedeutete dieser Schritt aber für die zentral- und osteuropäischen Staaten, in der Folge enorme Reformanstrengungen auf sich zu nehmen, die die Verwirklichung einer derartigen Perspektive erst möglich machten. Im Europäischen Rat von Kopenhagen von 1993 waren jene Kriterien und Standards konkretisiert worden, die den nun beitretenden Ländern abverlangt wurden. Dazu zählen neben der Forderung nach einer Stabilität der demokratischen Institutionen auch die Existenz von Rechtsstaatlichkeit, die Geltung der Menschenrechte und der Minderheitenschutz als politische Kriterien. Eine funktionierende Marktwirtschaft und Konkurrenzfähigkeit gegenüber Unternehmen der EU-15 im wirtschaftlichen Bereich, wie auch die Kapazität, alle Pflichten der Mitgliedschaft, die sich aus der Übernahme des Rechtsbestandes der EU (dem sogenannten *Acquis Communautaire*) ergeben, sind ebenfalls zu erfüllende Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft.

Aus politischer Sicht wird durch die fünfte Erweiterung eine lang gehegte Hoffnung Europas erfüllt, die Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, des Schutzes von Grund- und Menschenrechten sowie des Minderheitenschutzes auch auf Staaten auszuweiten, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts nicht in der Lage gewesen waren, in diesen Bereichen Erfahrungen zu machen. Mit der größten aller bisherigen Erweiterungsunden wird damit dem in der westeuropäischen Integration vor einem halben Jahrhundert begonnenen, und so wichtigen Prozess einer langfristigen Befriedung Gesamteuropas Rechnung getragen. Gleichzeitig wird auch die so lange bestehende Spaltung Europas überwunden. Es ist gar nicht hoch genug zu bewerten, dass damit zentral- und osteuropäischen Staaten, die als Kernländer des historischen Europas gegolten haben, die Chance gegeben

wird, am Projekt der europäischen Integration teilzuhaben. Für die BürgerInnen der alten Mitgliedsstaaten wird der EU-Raum durch die Erweiterung um nahezu 33% des gegenwärtigen Territoriums und um über 20% der Bevölkerung der EU-15 ausgeweitet werden. Staaten wie Österreich rücken aus einer bisherigen Randlage mehr in die Mitte der EU. Unzweifelhaft wird dadurch die sicherheitspolitische Lage Österreichs und jene der übrigen "alten" Mitgliedsstaaten erheblich verbessert.

Für die EU, deren wirtschaftliche Entwicklung im Verlauf der letzten Jahre durch einen stark aufgewerteten Euro und nicht unerhebliche wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Probleme recht unbefriedigend verlaufen ist, wird die Erweiterung von ganz entscheidender Bedeutung für die Sicherung und den Ausbau einer positiven Entwicklungsdynamik sein. Die EU wird dadurch zum weltweit größten einheitlichen Binnenmarkt, der aller Voraussicht nach durch wirtschaftliche Nachholprozesse in den neuen Staaten auch wieder an wirtschaftlicher Dynamik zurückgewinnen wird. Das Wirtschaftspotenzial der nun beitretenden 10 Staaten ist dabei weniger entscheidend – es liegt mit 4.5% des EU-15-Volumens lediglich in der ökonomischen Größenordnung der Niederlande – als ihr Beitrag zu den Entwicklungschancen der erweiterten Union in der Zukunft.

Dass von der Möglichkeit des wechselseitigen Handelns, der Neuinvestitionen und Joint Ventures und nicht zuletzt des Fremdenverkehrs vor allem Wirtschaftsunternehmen Österreichs und Deutschlands profitiert haben, muss für die Bevölkerung dieser beiden Staaten Anlass sein zu verstehen, dass durch neue Chancen auch neue Risiken und zum Teil auch Kosten entstehen werden. Über diese "Kosten", die vor allem die weniger gut ausgebildeten Schichten der Bevölke-

# der EU

## POLITISCH UND WIRTSCHAFTLICH?

Von Otmar Höll

rung in Form von Arbeitslosigkeit und Druck auf die Löhne zu spüren bekommen werden, wird nun immer öfter auch öffentlich geredet. Tatsächlich hätten schon in der Vergangenheit von EU- und nationalstaatlicher Seite Programme und Strategien entwickelt werden sollen, um zumindest einen Teil der Probleme frühzeitig zu definieren und damit die zu erwartenden Konsequenzen angemessen abfedern zu können. Dass nicht zuletzt die Gewerkschaften und die Institutionen der ArbeitnehmerInnenvertreter in der Vergangenheit eher stark strukturbewahrende Positionen eingenommen haben und dabei manchmal über das Ziel hinausgeschossen sind, hat es nicht gerade erleichtert, das Verständnis bei den potentiell Betroffenen zu erhöhen.

Mit dem am 1. Mai vollzogenen Beitritt werden auch die bekannten "vier Freiheiten" der EU, der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Personenfreizügigkeit realisiert. Das bedeutet, dass BürgerInnen aus den EU-15 Staaten wie aus den neuen Mitgliedsländern überall in der EU frei reisen dürfen. Sinnvollerweise gilt die einzige Ausnahme von dieser Regel im sensiblen Bereich der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit, in der eine gestaffelte und bis zu 7-jährige Übergangsfrist festgelegt wurde. Diese erlaubt es allen Mitgliedsstaaten, so weit wie notwendig auf die Zeit des völlig freien EU-Arbeitsmarktes hin Maßnahmen zu ergreifen, es erlaubt aber auch den "alten" Staaten ihre nationalen Regelungen vorerst beizubehalten. Allerdings wird nach zwei Jahren die Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu überprüfen sein, und nur im Falle schwerer Störungen des Arbeitsmarktes wird tatsächlich die 7-jährige Übergangsfrist gelten. Ansonsten ist damit zu rechnen, dass innerhalb von 5 Jahren nach Beitritt die gegenwärtigen EU-Regelungen auch für die EU-25 gelten werden.

Falls die Kandidatenländer Bulgarien und Rumänien (sowie Kroatien) tatsächlich ihre energischen Anstrengungen soweit fortsetzen werden und können, dass die Verhandlungen mit der EU bereits in diesem Jahr abgeschlossen werden können, sieht der Europäische Rat vom Dezember 2003 die Unterzeichnung der Beitrittsverträge bereits im Jahr 2005 vor. In diesem Fall könnte die Union der 25 bereits im Jänner 2007 um zwei weitere, und vielleicht mit Kroatien als drittem Staat, auf 27 bzw. 28 Mitglieder vergrößert werden. Dass mit der Aufnahme von (vielleicht) 13 Staaten innerhalb kurzer Zeit die Aufnahmekapazität der EU bis auf weiteres zumindest ausgeschöpft sein wird, bedeutet für die Türkei, der bereits seit dem Assoziationsabkommen mit der EWG vom 12. September 1963 ein möglicher Beitritt in Aussicht gestellt worden war, dass es vermutlich noch mindestens eine Dekade dauern wird, bis auch die Europäische Union wieder in der Lage sein wird, einen so großen Staat mit erheblichen wirtschaftlichen, aber auch politischen und religiösen Problemen zu integrieren. Denn man sollte bei aller Freude über die Erweiterung vom 1. Mai dieses Jahres nicht vergessen, dass die Europäische Union mit ihren im Verhältnis zur Zahl der Mitgliedsstaaten sehr unbefriedigenden institutionellen Strukturen und Entscheidungsverfahren eine erhebliche Zeit brauchen wird, um die Auswirkungen dieser weitreichenden Erweiterung, nicht zuletzt in Hinblick auf die zu erwartenden gewaltigen gruppendynamischen und machtpolitischen Veränderungen, die dadurch ins Haus stehen, zu verdauen und wiederum zu einer neuen Routine zu finden.

Sicherlich ist die Europäische Union, die nicht selten als "Global Payer" und (noch nicht) als "Global Player" bezeichnet wird, in unserer Gegenwart von einer enormen historischen Bedeutung für viele konfliktbeladene Regionen der Welt:

Noch in keiner Phase der langen europäischen Geschichte waren die Chancen auf eine Demokratisierung und Integration der europäischen Völker größer als jetzt, noch nie war Europa so erfolgreich. Um diesen damit verbundenen gewaltigen Herausforderungen auch weiterhin erfolgreich begegnen zu können, bedarf es jedoch nicht nur des politischen Willens der wesentlichen politischen EntscheidungsträgerInnen. Es bedarf auch und gerade des Wissens um die Bedeutung der Erweiterung bei den BürgerInnen Europas, die neben den gewaltigen positiven Errungenschaften, die eine erweiterte EU mit sich bringt, auch mit den erheblichen Kosten in Form von – zumindest zum Teil – wirtschaftlichen Einschränkungen, aber auch mit einem erheblichen Anspruch an die Lern- und Veränderungsbereitschaft von Institutionen und der einzelner Menschen konfrontiert sein werden. Die so erfolgreiche EU der letzten nahezu 50 Jahre ist in gewisser Weise ein Opfer ihres historisch einmaligen Erfolges: Dieser erfordert von der Wirtschaft, den Institutionen und nicht zuletzt von den Einzelnen die Bereitschaft zu Geduld, aber auch zur längerfristigen Voraussicht und schließlich auch eine gewisse Zähigkeit, nicht bei vergleichsweise geringen Schwierigkeiten an der gewaltigen historischen Aufgabe der Befriedung und Vereinigung Europas selbstverschuldet vorzeitig zu scheitern.

**Otmar Höll**

Lektor am ipw  
und Direktor des Österreichischen Instituts  
für Internationale Politik (OIIP) in Wien

# The Bologna Process

**B**ologna Process was enlarged at Berlin Conference 2003 considerably: there are now 40 countries members of the Process. We remind that only 4 countries formulated the first idea of the “new European higher education architecture” in Paris (Sorbonne Declaration) in 1998, 29 countries signed Bologna Declaration in 1999 and 33 countries had been closely cooperating after Prague meeting, during the second term 2001-2003. Berlin conference welcomed seven new members to the process, four of them from South Eastern Europe (SEE).(i)

Countries of SEE and their higher education systems went through hard times in the 1990s, and they now seek to join international co-operation and integration to foster national economic, social and cultural recovery. Universities can play an important role in these processes, offering knowledge and qualifications as well as democratic values. In last few years, the Bologna Process has contributed to the reforms of higher education in these countries, at the national as well as at the regional and international level.

An interesting regional event with relevance for the regional cooperation and for the Bologna process in general took place in August 2002, supported by the Croatian Ministry of Science and Technology. University Rectors of all SEE countries met at the Inter-University Centre (IUC) in Dubrovnik for the first time after a decade of conflicts in the region, and discussed international processes in higher education from a regional point of view. In their final Statement they appealed “to the European institutions immediately to admit the regional universities within the Erasmus and Socrates programs, i.e., to facilitate the mobility and exchange of students and faculty from the region”. They decided to organize two working groups “on the following important issues: (a) curriculum reform, (b) mutual recognition of periods of study and diplomas within and outside the region.”(ii) The second SEE Regional Rectors’ Conference in August 2003 focuses on curricular reform, but also on various aspects of excellence building and on specific projects of regional academic co-operation.

The main Bologna follow-up event in the SEE region before the Berlin conference was a conference on “The External Dimension of the Bologna Process: South-East European Higher Education and the European Higher Education Area in a Global World” organized jointly by UNESCO-CEPES and EUA (European University Association) and held in Bucharest on 6-8 March, 2003. It relied on the Project “Regional University Network of Governance and Management of Higher Education in South East Europe”, supported by the European Commission in the framework of the CARDS

(Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilization) Programme. The conference explored four main topics: (1) challenges and opportunities facing higher education systems and institutions participating in the project (from Albania, Bosnia and Herzegovina, Croatia, Kosovo, FYR of Macedonia, Montenegro and Serbia) in the context of the Bologna process; (2) challenges to academic values and to the organization of academic work at a time of increasing globalization; (3) higher education as a public responsibility and a public good, and its significance for higher education in the region; (4) quality assurance, accreditation and recognition of qualifications as regulatory mechanisms in the EHEA (European Higher Education Area).

This conference was rich in content. The organizers provided analytical materials on the reforming processes at nine selected SEE universities (iii), and the preliminary results of the analysis of Trends III data for the SEE region were presented for the first time followed by other presentations and interesting discussions among participants from a total of 18 European countries. Experience in the above-mentioned project has demonstrated that those responsible for higher education in SEE countries have already used the provisions of the Bologna Declaration and the Prague Communiqué as a reference framework for their own reform initiatives. Today, there is clear evidence of a strong commitment to achieving the Bologna process objectives in the region. Participants recommended that the Ministers meeting in Berlin take this into consideration and welcome new applicants from the region as full members in the Bologna process. Participants also welcomed the opportunity of promoting debate and exchange of experience between representatives of the BFUG (Bologna Follow Up Group) and of the various applicant countries from the region.

Participants analyzed recent developments in depth, and made recommendations. University autonomy is now legally protected in all the countries concerned and the practical implementation of this essential element is also improving. The values of academic freedom are highly regarded and embedded in everyday academic work. However, in terms of governance there are still many issues to be addressed. The current organization of universities as mostly weak federations of legally autonomous faculties hinders the effective implementation of the objectives of the Bologna process. Although students have a formal role in institutional governance bodies, they are, in practice, in many cases not yet actively involved. Quality assurance has become a key challenge for national authorities and institutions across the region. Given the small size of the respective higher education systems, the introduction of more systematic and effective institutional quality assurance mecha-

# and South Eastern Europe

Von Pavel Zgaga

nisms, including a wider European dimension, becomes ever more important. Therefore, institutions have been encouraged to strengthen their European networking activities in this field, and fledgling national agencies should work together with the European Network for Quality Assurance in Higher Education (ENQA); countries that have not yet established an ENIC centre (European Network of National Information Centres on academic mobility and recognition; the ENIC Network) are expected to do so as soon as possible.

Universities in the region are well aware that their main priority should be curricular reform. Structures remain traditional, curricula have not been restructured and the duration of studies at Bachelor level is longer than intended in the Bologna process while the Master level tends to be simply an add-on to the previous one. Attention was drawn to the importance of diversification, the need to develop alternative forms of provision, and the need to promote lifelong learning. However, pilot projects are on the way and considerable efforts have been made in all countries to introduce ECTS (European Credit Transfer System). Compared to the past, academic mobility has increased dramatically, despite obstacles encountered both by staff and students (visa requirements, financial resources). On the negative side, many of the best students and graduates do not return after their study abroad, thus contributing to brain drain from the region. There are still difficulties with the recognition of qualifications and periods of study, both internally between the countries in the region, and in relation to other countries.

Participants dealt also with the issue of higher education as a public responsibility and a public good, from a specific regional point of view. They believed there is now a need to focus attention on the responsibility of public authorities for higher education. They saw the dilemma facing the countries of the region as that of coping with the consequences of accepting public responsibility for higher education - the challenges of supporting a system ensuring equity and equal access for all according to merit, and high quality of provision - at a time of strictly limited state budgets, multiple and growing funding demands, and recent large increases in higher education participation rates across the region. There is a need for further investigation of various possible models of funding higher education systems, taking into consideration the growing competitiveness in the emerging EHEA where sustainable levels of excellence are a prerequisite.

Since the Berlin Conference, all countries of SEE are members of the "Bologna Club". Soon after the Conference, on 2-3 December 2003, Council of Europe organized in Strasbourg another important event, "Conference on the implementation of the Bologna Process in SEE".(iv) The conference aimed to

provide a forum in which the four SEE countries that have acceded to the Bologna Process in 2003 and a number of experts from other parts of Europe exchange experiences and indicate an agenda for further action in the period leading up to the next conference in May 2005. This agenda focused on the reforms to be carried out in the four countries concerned to implement the goals of the Bologna Process, the possible regional dimensions of such policies and the contribution of the four countries to the Bologna Process overall. Thus, for all countries of SEE the next conference in Bergen in 2005 will also be an important corner stone.

**Pavel Zgaga**

Professor and the Dean in the Faculty of Education at the University of Ljubljana.

From 1992 to 1999 he was State Secretary for Higher Education and from 1999 to 2000 he was Minister of Education and Sports of the Republic of Slovenia. His research is primarily focused on issues of internationalization and globalization in educational policy, particularly in higher education. He was General Rapporteur of the Bologna Follow-up Group at the Ministerial Conference in Berlin in September 2003.

#### Fußnote:

(i) "Ministers decide to accept the requests for membership of Albania, Andorra, Bosnia and Herzegovina, Holy See, Russia, Serbia and Montenegro, 'the former Yugoslav Republic of Macedonia' and to welcome these states as new members thus expanding the process to 40 European Countries." – Berlin Communiqué, 19 September 2003. See <http://www.bologna-berlin2003.de/>

(ii) Statement from the Dubrovnik Meeting of University Rectors of Southeast European Countries. Inter-University Centre in Dubrovnik, 23 August 2002.

See [http://www.see-educoop.net/portal/id\\_bologna.htm](http://www.see-educoop.net/portal/id_bologna.htm)

The South East European Education Co-operation Network (SEE ECN) is the broadest regional educational network supported by some countries (Austria, Switzerland, Slovenia) and NGOs (Open Society Institute); its website – referred to in this note and further – provides special pages on the Bologna Process with information and documents translated in various languages.

(iii) Case studies from universities of Zagreb and Split (Croatia), Banja Luka (Bosnia and Herzegovina), Montenegro (Montenegro), Novi Sad and Niš (Serbia), Prishtina (Kosovo), Tirana (Albania) and Ss. Cyril and Methodius University in Skopje (FYR of Macedonia). See [http://www.see-educoop.net/portal/id\\_bologna.htm](http://www.see-educoop.net/portal/id_bologna.htm)

(iv) For the programme, contributions, documents and final report on the conference see

[http://www.see-educoop.net/portal/id\\_bologna.htm](http://www.see-educoop.net/portal/id_bologna.htm)

# Cultural Patterns

Seit Ende 2003 wird am Institut für Politikwissenschaft ein internationales Forschungsprojekt zum europäischen Erweiterungsprozess durchgeführt. Der Beitrag soll einen kurzen Überblick darüber geben.

## EU als politisches Projekt

Wurde die Europäische Union zu Beginn in der Regel als „ökonomischer Zusammenschluss“ bezeichnet, hat sich spätestens seit Maastricht auch in der öffentlichen Debatte die Meinung durchgesetzt, dass die EU auch als „politisches Projekt“ zu verstehen ist.

Vor allem von politischen Akteur/innen, aber auch von Politikwissenschaftler/innen wird dabei immer öfter auch die Frage nach einer „europäischen Identität“ gestellt.

## Von einer „Welt in Stücken“ hin zu einer europäischen Identität?

Die Veränderungen nach 1989/90 und die damit einhergehende europäische Integration haben dazu geführt, dass nicht nur die ehemaligen realsozialistischen Staaten ihre Identität neu denken müssen, auch die „westlichen“ Staaten sind dazu aufgefordert sich (teilweise) neu zu positionieren und etwa ihren „europäischen Charakter“ unter Beweis zu stellen.

Der Anthropologe Clifford Geertz (1) sprach im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung von einer „Welt in Stücken“, welche dazu angehalten ist, Konzepte wie Tradition, Identität, Nation, Kultur und Staat zu reformulieren.

Dieser Prozess zeigt sich im Falle der neuen Mitgliedsstaaten beispielsweise durch die Phrase von der „Rückkehr nach Europa“ oder im Falle von Österreich durch seine wiederholte Betonung, dass es „im Herzen Europas“ liege. In der Regel spielen Identitätskonzepte auch bei der Umkehrung dieses Diskurses, bei dem die mögliche Bedrohung des Nationalstaates durch die europäische Ebene betont wird, implizit eine Rolle.

## Cultural Patterns

„Cultural Patterns of the European Enlargement Process“ versucht, die diesen Identitätskonstruktionen zu-

grunde liegenden politischen Kulturmuster zu analysieren.

Dazu nimmt das Projekt Felder des politischen Diskurses in den Blick, welche einerseits auf politische Kulturmuster zurückgreifen und andererseits (potentielle) Konfliktlinien widerspiegeln, wobei eine vergleichende Perspektive von verschiedenen europäischen Staaten (A, BG, CH, F, H, SK) angewandt wird.

Um diese Fragestellungen zu fokussieren, wird exemplarisch einerseits die Bedeutung von Territorium, andererseits die Konstruktion eines gemeinsamen „europäischen Gedächtnisses“ untersucht.

## „Ausverkauf der Heimat“

Hinsichtlich der Bedeutung von Territorium ist zu bemerken, dass trotz weitgehender gesellschaftlicher Vernetzungsprozesse über nationalstaatliche Grenzen hinweg, nationales Territorium nach wie vor einen wichtigen Bezugsrahmen für die Formierung kollektiver Identität darstellt (2).

Im Falle der Integration Österreichs in die EU verdeutlicht sich dies etwa am Beispiel des so genannten „Ausländergrunderwerbs“, welcher eine zentrale Stellung in den österreichischen Beitrittsverhandlungen einnahm. Als exemplarisch kann hierfür die Aussage des damaligen Föderalismusministers Weiss gelten, der sich die Frage stellte, „welches das höherwertige Gut sei, der Beitritt Österreichs zur EU oder eine restriktive Regelung im Ausländergrundverkehr.“ Wurde das Thema bereits in den 50er Jahren im Rahmen des „Europäischen Niederlassungsübereinkommen“ (1957/1966) Teil der Debatte, erhielt es Mitte der 80er Jahre im Zuge der österreichischen Beitrittsverhandlungen erneut Aktualität. Das verbindende Element der verschiedenen Diskursstränge ist dabei die „Überfremdung“. Weitere Schlagwörter wie „Ausverkauf des Grund und Bodens“, „Ausverkauf Österreichs“ bis hin zu Begriffen wie Erhaltung des „Lebensraumes“ wiederholen sich darin ständig.

Abweichend von Diskursen über Migration ist das Bild des „Ausländers“ in erster Linie geprägt vom „kaufkräftigen Deutschen“. – In Ungarn nahm im Rahmen der Erweiterung wiederum „der finanzkräftige Österrei-

# of the European Enlargement Process

Von Leila Hadj-Abdou

cher“ diese Position ein. Damit verknüpft sind Bedrohungsszenarien im Bezug auf Themen, die traditionell als Teil österreichischen Selbstverständnisses aufgefasst werden, wie die „Bauernschaft“ oder der österreichische Tourismus. Die Neutralität wird für die Attraktivität des „österreichischen Bodens“ wiederum als wesentlich benannt. Die Rolle Österreichs als kleiner Staat und seine föderale Struktur nehmen hier einen besonderen Stellenwert ein.

Eine Fortsetzung des Diskurses findet sich im Rahmen der so genannten „Osterweiterungsdebatte“. So schreibt die FPÖ im Zuge des niederösterreichischen Gemeindevorstandswahlkampfes 2000 „EU-Osterweiterung – Nein Danke!“ und fordert dazu auf, künftig Niederösterreicher/innen beim Grunderwerb zu bevorzugen, denn „ab 1.1.2000 besitzen EU-Bürger das uneingeschränkte Recht, sich in Niederösterreich anzusiedeln [...] Ein Ausverkauf der Heimat droht.“

Die Frage des Ausländergrunderwerbs in den einzelnen Ländern stellt nur ein Untersuchungsfeld von vielen dar, welche im interdisziplinären Projekt, das politische Kulturmuster als strukturierende Kategorie und als Bezugsrahmen für politische Orientierung versteht, thematisiert werden.

Das Projekt läuft bis 2006. Weitere Informationen dazu finden sich auch im Internet unter <http://cultpat.eu.tt>.

## **Leila Hadj-Abdou**

hat Politikwissenschaft und Geschichte in Wien und Budapest studiert, war von 2000-2003 Projektmitarbeiterin am Österreichischen Ost- und Südosteuropa Institut und ist seit 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin am ipw für die Projekte „Cultural patterns of the european enlargement process“(EU/5FP) und „Public Construction of Europe“ (BMBWK/NODE)

## Fußnoten:

- (1) Geertz, Clifford (1996): Welt in Stücken. Kultur und Politik am Ende des 20. Jahrhunderts. Wien
- (2) Albert, Matthias (1999): Territorium und Identität. Kollektive Identität und moderner Nationalstaat. In: ÖZP, 28/3, 255-268

# Die Wahl zwischen Beteiligung und Ausschluss – eine schwierige Entscheidung?

Jener Prozentsatz, wie viele Menschen sich an der Wahl zum EU-Parlament 2004 beteiligt haben, hat viele Ursachen und kann breit interpretiert werden, je nachdem, welche Perspektive gewählt wird: Ist es nun die oftmals diagnostizierte Politikverdrossenheit in der westlichen Welt (Stichwort Entpolitisierung) oder eine mediatisierte Massengesellschaft, für die der Bedeutungsunterschied zwischen „Starmania“ und Wahlzelle ins Belanglose zerfällt? Was auch immer die Ursache für eine geringe Wahlbeteiligung ist, das Partizipationsausmaß ist jedenfalls ein wichtiger Indikator dafür, welchen Wert (welchen Sinn, welche Bedeutung) Menschen Wahlen zumessen. Und in der Tat: der Stimmzettel wird seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts – „dem Jahrzehnt der Globalisierung“ – mehr und mehr entwertet, weil der Staat bzw. Nationen(zusammenschlüsse) nicht mehr alleinige Akteure in der Welt sind, sondern nur mehr Einflussgruppen neben anderen. Habermas spricht in diesem Zusammenhang von einer „sinkenden Kaufkraft der Stimmzettel“ (1). Es gibt gegenwärtig eine Reihe von internationalen Organisationen (etwa UNO, NATO, OSZE), Nichtregierungsorganisationen (etwa Greenpeace, amnesty international, Attac) sowie Unternehmen mit Interessen (etwa Shell, Ford, Microsoft), die als politische Akteure auftreten. Staaten gelten so als Mitspieler, die Betonung liegt dabei auf „mit“. Wenn man/frau bedenkt, dass nur mehr etwa 20 Prozent der Entscheidungen im „eigenen“ Land getroffen werden – bereits 80 Prozent werden vorher bereits im Rahmen von multilateralen Vereinbarungen in der Europäischen Union (EU) vereinbart –, dann wird der Einfluss der EU im politischen Mehrebenensystem (Gemeinde – Region – Nation – Kontinent – Welt) deutlich. Das Institutionengeflecht der EU versucht auf internationaler – zumindest aber kontinentaler – Ebene, ein politisches Gegengewicht zu transnationalen ökonomischen Interessen aufzubauen. Das Europäische Parlament als Vertreterin der mittlerweile 450 Millionen BürgerInnen stellt dabei so etwas wie eine Tribünenfunktion bzw. Diskussionsplattform dar. Die im Vergleich an nationalstaatlichen Parlamenten gemessene geringe Befugnis wird immer wieder unter dem Schlagwort „Demokratiedefizit“ angekreidet. Der deutsche Rechtswissenschaftler Carl Schmitt, der auch in den Nationalsozialismus verstrickt war, bemerkte 1926 in einem Text über „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ zum Zusammenhang von Debatte und Demokratie folgendes: „Das Wesentliche des Parlaments ist (...)

öffentliches Verhandeln von Argument und Gegenargument, öffentliche Debatte und öffentliche Diskussion, Parlamentieren, wobei zunächst noch nicht an Demokratie gedacht zu werden braucht.“(2). Allein der Begriff Parlament erinnert uns ständig an die zunächst kommunikative Funktion (parler = sprechen). Nicht das Zurückziehen auf private oder elitäre Konferenzen im Sinne von „Geheimverhandlungen“, wie wir sie im Zuge von WTO-Verhandlungen bereits kennen gelernt haben, sondern das öffentliche Debattieren ist heute gefragt. Im neuen Europa ist diese sprachliche Integrationsleistung des Parlaments zudem mehr als erforderlich.

Doch zurück zu der Ausgangsfrage rund um das Ausmaß der Wahlbeteiligung. Die vergangenen Wahlgänge zeigten in Österreich ein eher bescheidenes Interesse am Europaparlament. Während sich die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen Ende der neunziger Jahre bei etwas über 80 Prozent eingependelt hat (1995: 84 %; 1999: 80 %; 2002: 84 %), ist bei Bundespräsidenten-Wahlen ein Rückgang festzustellen (1951 bis 70er Jahre: ca. 95 %; 80er Jahre: ca. 90 %; 90er Jahre: ca. 80 %; 1998: 74 %; 2004: 70 %), so kann die genaue Daten-Analyse der EU-Parlamentswahlen durchaus zu interessanten Ergebnissen führen. Bisher lag hier die Wahlbeteiligung in Österreich auf sehr niedrigem Niveau (1996: 68 %; 1999: 49 %). Pierre Bourdieu behauptete Ende der 70er Jahre, dass die Angabe über die Höhe der MeinungsverweigerInnen bei Umfragen die interessanteste Zahl der Demoskopie überhaupt sei. Sie zeige nämlich, wer sich berechtigt fühlt und in einem gewissen Sinne auch befähigt ist, Meinung zu äußern und wer in der Arena der öffentlichen Interessensübereinkunft teilnimmt (3). In aktuellen Veröffentlichungen bestätigt sich dieses Erkenntnis Bourdieus immer wieder. Interessant ist hier etwa eine Erhebung, publiziert in der „Herald Tribune“ vom 17. März 2004, in der sich die Bevölkerung mehrerer Staaten zum Irak-Konflikt äußerten. In Deutschland oder Frankreich gab es dabei eine signifikant höhere Beantwortungsquote, als etwa bei der Türkei oder Pakistan. Gewagt, aber nicht weniger interessant, wäre nun eine Übertragung solcher Befunde von Meinungsumfragen auf demokratische Wahlen, etwa auf die EU-Parlamentswahl vom Juni 2004. Welche Länder nehmen in welchem Ausmaß an den Wahlen teil? Sind die zehn „Neuen“ partizipationsfreudiger oder noch abwartend? Lässt das Interesse der 15 „Alten“ nach oder gibt es im Zuge der Re-Thematisierung europäischer Themen

# Überlegungen aus Anlass der Wahlen zum Europaparlament

Von Markus Wolschlager

einen gewissen Aufwärtstrend an der europapolitischen Beteiligung, gar eine Freude am Politischen, so etwas wie eine „public happiness“ (Arendt)?

Vermutlich ist die Entscheidung zwischen der (Wahl-)Beteiligung und dem Verzicht darauf gar keine schwierige Entscheidung. Die Leichtigkeit des Selbstausschlusses des Einzelnen in der modernen Massengesellschaft, wie wir sie nun schon seit etwa 100 Jahren kennen, ist eine ständig lau-ernde Gefahr. Zu analysieren wären heute die verschiedent-lich einwirkenden diskursiv-kulturellen Machtmechani-smen, die zu einer nur vordergründig „freiwilligen“ Abgabe des je individuellen Machtanteils führen, das die Wahl-forschung in einer Prozentangabe nüchtern wiedergibt.

Max Weber stellte bereits 1918 zum Parlamentarismus fest: „Man mag den parlamentarischen Betrieb hassen oder lie-ben, – beseitigen wird man ihn nicht. Man kann ihn nur politisch machtlos machen, ...“ (4).

## Markus Wolschlager

Redaktionsmitglied und Student am ipw  
(derzeit am Institut d'Etudes Politiques - Sciences Po in Aix-en-  
Provence)

## Fußnoten:

(1) Jürgen Habermas: Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung. 1999. In: Internet [www.blaetter.de/kommenta/habe0499.htm](http://www.blaetter.de/kommenta/habe0499.htm), abgerufen am 23. April 2004.

(2) Zitiert nach Herfried Münkler (Hg.): Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Ein Lesebuch. Piper, München/Zürich, 2002. S. 239.

(3) vgl. Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1982. (zuerst 1979)

(4) Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zitiert nach Herfried Münkler (Hg.): Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Ein Lesebuch. Piper, München/Zürich, 2002. S. 234, die Hervorhebungen stammen von Max Weber. Zu Webers zitierter Bemerkung ist hinzuzufü- gen, dass er den Parlamentarismus sehr kritisch betrachtete, mit der Gefahr der „Züchtung“ charismatischer Führer (vgl. dazu Volker Heins: Max Weber zur Einführung. Junius-Verlag, Hamburg, 1990, S. 58).

# Cowboys und Amazonen

Dieser Tage gehen die Kino-Premieren des Heldenepos „Troia“ gleichzeitig mit den Bildern der im Irak folternden US-Soldatin Lynndie England um die Welt. In ähnlicher Weise brachte der Frühling 2003 nicht nur das Medienspektakel um die im Irak gefangengenommene US-Soldatin Jessica Lynch auf die Fernsehbildschirme, sondern auch die größte Zahl an Westernfilmen seit den 70er Jahren in die Kinos. Das ist kein Zufall. Immer wenn die konstruierte Verbindung von Krieg und heldenhafter Männlichkeit bedroht scheint, ersteht sie in der Imagination einer fiktiven Vergangenheit wieder auf. In der westlichen Kulturtradition geschieht dies vor allem in den griechischen Heldensagen oder im US-amerikanischen Cowboy-Mythos. (vgl. Braudy 2004)

In einer medial bestimmten Kultur werden fiktive und reale Mediengeschichten zum Ausdruck eines sich verändernden Kriegsgeschehens. Es ist daher aufschlussreich, aktuelle Bilder und Narrative von militärischer Männlichkeit und Weiblichkeit zu untersuchen, um auf eventuelle Veränderungen von Geschlechteridentitäten in sogenannten „Neuen Kriegen“ schließen zu können.

## Verstaatlichung als Vermännlichung des Krieges

Krieg wird nicht nur als männlich wahrgenommen, weil männliche Akteure häufiger und offenkundiger im Zentrum des Kriegsgeschehens stehen. Vor allem sind es soziale und kulturelle Konstruktionen, die eine männliche Vergeschlechtlichung des Krieges bewirken. Um dieses Phänomen fassen zu können, muss Krieg als eine Form politischen Diskurses und sozialer Praxis verstanden werden. Denn als solcher ist er Folge patriarchaler Geschlechterverhältnisse und auch an deren Anpassung und Kontinuität beteiligt. Vergeschlechtlichte Ideologierungen und Wertvorstellungen steuern das militärische Geschehen wesentlich mit und bedeuten, dass Krieg und Militär als „frauenlos“ gedacht werden müssen. (vgl. Kreisky 2003: 1ff.)

Dennoch war der militärische Ausschluss von Frauen nicht immer selbstverständlich. In der frühen Neuzeit hatten mitziehende Familien noch vitale Bedeutung für die Versorgung der Söldnerheere. Militärisches und ziviles Leben waren noch nicht derart voneinander abgeschottet, wie dies nach der „militärischen Revolution“ im Übergang vom 16. zum 17. Jahrhundert der Fall war. Die Erfindung der Feuerwaffensysteme führte zu einer radikalen Reform militärischer Taktik sowie einer strikten hierarchischen Organisation und Disziplin. Erst im Zuge technologischer und organisatorischer Modernisierung wurden Frauen sukzessive ausgeschlossen. (ebd.: 4ff.)

Durch Transformation von Söldner- und Fürstenkriegen zu Volks- und Massenkriegen wurden Armeen zu Instrumenten nationalstaatlicher Machtpolitik und der Staat zum Monopolist

des Krieges. Die Verstaatlichung des Krieges führte in weiterer Folge zu einer Idealisierung des bürgerlichen Soldaten und machte maskuline Waffenfähigkeit zur Grundbedingung politischer Subjektfähigkeit. Plötzlich waren an die Mitgliedschaft bei der Institution Militär politische Rechte gebunden, von denen es Frauen auszuschließen galt. Das Militär musste von nun an als „frauenfreier Raum“ konstruiert werden (ebd.). Es ist in diesem Sinne eine „male-defining institution“ (vgl. Isaksson 1988: 3), in der Männlichkeitsvorstellungen generiert werden, die in Verbindung zu denen der Gesamtgesellschaft stehen. (vgl. Seifert 1996: 88)

## Herausforderungen für die Männlichkeit des Krieges

Der Soldat als Inkarnation von Männlichkeit und das Militär als männliche Machtressource wurden immer wieder durch die Realität des Krieges herausgefordert. Schon mit der Erfindung des Schießpulvers erwies sich Krieg als völlig ungeeignet für die Herstellung und Repräsentation heroischer, elitärer Männlichkeit. Heldenhafter Kampf wurde nach und nach von technologischer und bürokratischer Kriegsführung überlagert, in der Männer zu bloßen Rädchen in nationalstaatlichen Kriegsmaschinerien wurden. (vgl. Braudy 2004) Die traditionelle Aura des Heroischen kam in den modernen Kriegen des 20. Jahrhunderts weiter abhanden, während Frauen sich immer mehr politische Rechte erkämpften. Kompensatorische Darstellungsleistungen mussten erbracht werden. Die „Rambosierung“ der US-Kultur nach Vietnam ist hier wohl nur das bekannteste Beispiel für Remaskulinisierung nach „entmannenden“ kriegerischen Konflikten.

Eine besonders große Herausforderung stellte die Aufnahme von Frauen ins Militär dar, denn kämpfende Frauen stellten die Beschützerfunktion der Männer als Kriegslegitimation und Militär als Ort der Konstruktion von Männlichkeit in Frage. Doch auch für dieses ideologische Ordnungsproblem fand sich eine Lösung, indem man Frauen schlicht und einfach nicht zu Kampfeinheiten zuließ. Dieser Ausschluss beruht auf der fiktiven Trennung von Front und Etappe und der Illusion eines „sicheren Hafens“, in dem Frauen dienen können. Der Kämpfer bleibt so auf der Ebene symbolischer Repräsentation eine rein männliche Figur und der Mythos von der Männlichkeit des Krieges kann aufrechterhalten werden. (vgl. Seifert 1996: 88)

Das Phänomen der Neuen Kriege, wie es etwa von Mary Kaldor oder Herfried Münkler beschrieben wird (vgl. Kaldor 2000 und Münkler 2002), fordert die Männlichkeit des Kampfes nun ein weiteres Mal heraus und macht wieder große symbolische Anstrengungen notwendig, um der Entheroisierung des männlichen Kämpfers entgegenzuwirken.

# Männlichkeit und Weiblichkeit im Kontext „Neuer Kriege“

## Bedeutung „Neue Kriege“ eine Entmännlichung der Kriegsführung?

Von Saskia Stachowitsch

Denkt man beim Stichwort Neue Kriege in erster Linie an Bürgerkriege in Afrika oder Guerillabewegungen in Südamerika, so muss darauf hingewiesen werden, dass auch sogenannte westliche Länder von Privatisierung und Kommerzialisierung von Gewalt sowie Entstaatlichung der Kriegsführung betroffen sind. Deutlich wird dies am aktuellen Geschehen im Irak, wo private Militärunternehmen gegenüber staatlichen Einheiten an Bedeutung gewinnen. Zieht man keine künstliche Trennlinie zwischen heißer und kalter Kriegsphase, werden die kennzeichnenden Merkmale Neuer Kriege deutlich: Terrorismus als Strategie, unklare Feindkonstellationen, asymmetrische Kräfteverhältnisse. Auf beiden Seiten ist der Staat nicht mehr Monopolist des Krieges und der Konflikt wird nicht durch das Gewinnen von Kampfhandlungen entschieden. Das Konzept des „War on Terrorism“ korrespondiert ebenfalls mit dem Konzept der Neuen Kriege. Die dadurch mögliche Ausdehnung des Kriegsbegriffs führt zu weiterer Entstaatlichung, denn dieser Krieg wird überhaupt nicht mehr gegen Staaten, sondern gegen die unklare Kategorie des „Bösen“ an sich geführt.

Doch wenn Verstaatlichung und Militarisierung des Krieges männliche Vergeschlechtlichung garantieren konnten, bedeutet dann Entstaatlichung zwangsläufig Entmännlichung?

Neue Kriege machen Frauenausschluss schwieriger. Im Zeitalter des Technokrieges und „chirurgischer Eingriffe“ werden Argumente der physischen Unterlegenheit von Frauen obsolet. Im Krieg der Bilder ist es nicht mehr möglich, ihre Präsenz im Militär zu leugnen oder die fiktive Trennung von kämpfendem und nicht-kämpfendem Personal aufrechtzuerhalten. Die starre Verbindung zwischen Staat und Krieg wird aufgeweicht, doch bevor sich damit auch traditionelle Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen auflösen, wird auf Ebene der symbolischen Inszenierung entgegengewirkt.

## Jessica Lynch: Antihero

Im Kontext Neuer Kriege tauchen kämpfende Frauen wie Jessica Lynch auf. Sie sind Zeichen eines sich verändernden Militärs und Kriegsgeschehens und Indiz für die Auflösung des Konnexes starker Mann – starker Staat. Doch die Repräsentation von Frauen im Krieg baut weiterhin auf militaristischen Männlichkeitsmythen auf und unterwirft weibliche Beteiligung an Kriegen einer Logik, die die Legitimation der männlichen Beschützerfunktion nicht hinterfragt, sondern bestätigt.

Neben der patriotischen Heldengeschichte von der tapfer kämpfenden Soldatin wurden im Fall Jessica Lynch auch vergeschlechtlichte Narrative bedient, die Rückschlüsse auf den

Versuch einer symbolischen Remaskulinisierung zulassen. Patriotische Geschichten über die Heldin wurden durch Erzählungen vom infantilisierten Opfer ausbalanciert. In der medialen Darstellung war Lynchs Schicksal stets von männlicher Gewalt abhängig, sei es von Seiten der irakischen Soldaten, der Ärzte oder der US Special Forces. In der Konstruktion bleibt Lynch Opfer und männliches Schutzobjekt, was durch haltlose Behauptungen, sie wäre vergewaltigt worden, noch unterstrichen wird.

Fazit: Frauen im Militär werden im Zuge Neuer Kriege sichtbarer. Um die männliche Hegemonie in dieser Schlüsselinstitution und Mythen von der Männlichkeit des Krieges aufrechtzuerhalten, werden ihre Geschichten vergeschlechtlicht. Die Zurschaustellung heroischer, militarisierter männlicher Macht im Fall Jessica Lynch zeigt, dass auf das Militär als „male-defining institution“ nicht verzichtet werden kann. Und während die Bilder von Lynndie England ein weiteres Mal sämtliche Illusionen über den heroischen, männlichen Krieg zerstören, gelingt es nur noch dem Blockbuster „Troia“, das Versprechen des sauberen, ehrenhaften Krieges einzulösen. Diese Version des im Trailer angepriesenen „greatest war of revenge“ ist garantiert frauenfrei.

Saskia Stachowitsch

Dissertantin und Studienassistentin am ipw

## Literatur:

- Braudy, Leo (2003): From Chivalry to Terrorism: War and the Changing Nature of Masculinity, New York  
 Isaksson, Eva (1988): Women and the Military System, New York  
 Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/M.  
 Kreisky, Eva (2003): Fragmente zum Verständnis des Geschlechts des Krieges, [http://evakreisky.at/onlinetexte/geschlecht\\_des\\_krieges.pdf](http://evakreisky.at/onlinetexte/geschlecht_des_krieges.pdf) (20.2.04)  
 Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg  
 Seifert, Ruth (1996): Militär – Kultur – Identität. Individualisierung, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten, Bremen

# „Wir wissen nicht, wer verantwortlich ist“

Im Vorjahr gab es von Menschenrechtsorganisationen mehrere Versuche, die „zuständigen“ Stellen auf Misshandlungen in irakischen Gefängnissen aufmerksam zu machen: ein Memorandum im Mai 2003, ein Treffen mit Vertretern von amnesty international (ai) im Juni, ein Memo im Juli, ein Brief im Oktober. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes bezeichnet die Folterungen im Gefängnis von Abu Ghureib mit derzeit etwa 3.900, im Zeitraum der Folterungen 6.000 Gefangenen, heute nicht als Einzelfälle, sondern als „eine tolerierte Praxis“ des Westens, als ein umfassendes „Schema bzw. System“ von Misshandlungen (1). Erst als vor wenigen Wochen, Ende April 2004, der US-amerikanische Fernsehsender CBS und wenig später das Wochenmagazin „The New Yorker“ grässliche Videoaufzeichnungen und Fotos veröffentlichten, führte die unmittelbare Kraft des Bildes zu Entsetzen. Die Titelblätter von „Spiegel“ bis „Economist“ zeigten aus einer Fülle von Material einen Kapuzenmann, verkabelt an Händen und Geschlechtsorganen und auf einer Kiste stehend. Sollte er Einknicken, so die Drohung der US-amerikanischen Soldaten im Gefängnis in der Nähe von Bagdad, so drohe ihm unmittelbar der tödliche Stromschlag. Diese Bilder „sind ein Dokument dafür, dass die Stimmen der Gefangenen oder der Beteiligten selbst nicht gehört wurden“, sagt der Medienwissenschaftler Joseph Vogl. Die Bilder monopolisieren Vogl zufolge die ZeugInnenenschaft, welche nun „ein zweites Mal gelöscht“ wurde (2). Die Folterbilder demonstrieren nicht nur die Qualen im Gefängnis, sondern zugleich eine zunehmende mediale Analphabetisierung in der westlichen Welt, wo Nachrichten mehr und mehr von Buchstabensprache in Bildersprache transformiert werden, um schließlich massenmedial als ein „Informations-Comic“ konsumiert zu werden.

## I

So gut wie alle Medien berichteten ausführlich. Ausnahmen ragen so besonders hervor: Zwei Medienunternehmer weigerten sich hartnäckig, die Folter im Irak zu thematisieren. Zum einen Rupert Murdoch, er ist neben Time Warner, Disney, Bertelsmann, Viacom und Sony einer der „Big Player“ am globalen Mediensektor. Murdoch war Vorbild für den Bösewicht im James Bond Film „Tomorrow Never Dies“ und erreicht im wahren Leben etwa zwei Milliarden Menschen, also ein Drittel der Weltbevölkerung, mit seinem weit verzweigten Medienkonzern „News Corporation“. Interessant an seiner Biographie ist der Umstand, dass Murdoch während der Studentenzeit in Oxford radikalkommunistische Positionen vertreten hat, im Laufe seiner Unternehmerkarriere sich jedoch ausschließlich dem Marktinteresse unterworfen hat. Es waren in den 80er Jahren auch

seine Blätter, die tief greifende „Reformen“ der Gewerkschaftsgesetzgebung unter Margaret Thatcher in Großbritannien ermöglichten, um im Gegenzug mit Regierungsunterstützung den Sender Sky-TV aufbauen zu können. Im Frühjahr 2003 waren vor allem seine Medien und hier insbesondere Fox-TV in den USA federführend, der mit Slogans wie „our soldiers bring peace for iraq“ für den Krieg „warb“ – eine spezifische Form von Kriegspropaganda. Noam Chomsky erläutert die Funktion der Propaganda so: „Gute Propaganda erfindet einen Slogan, dem alle zustimmen können, ohne wissen zu müssen, was er bedeutet, weil er nämlich nichts bedeutet. Sein Wert besteht gerade darin, von der wirklich bedeutungsvollen Frage abzulenken.“(3) Diese Vorbemerkung über Rupert Murdoch und seine bisherige Haltung zum Irak-Krieg scheint mir nicht unwesentlich zu sein für den Umstand, dass „seine“ Medien wie die „New York Post“ in Amerika oder „The Sun“ in Großbritannien die aktuellen Misshandlungen im Irak so behandeln, als wären sie nicht geschehen. Die mediale Thematisierung war keine Frage von Qualitätszeitung oder Boulevardzeitung, keine von links oder rechts. Die Entscheidung zur Veröffentlichung bzw. besser der Nicht-Veröffentlichung dürfte bei Murdoch vielmehr im engen Beziehungsgerüst von Politik und Unternehmensentscheidungen liegen (4). Ähnlich verhielt es sich in Frankreich, wo die zwei größten Tageszeitungen „Le Monde“ (ca. 390.000 Verkaufsexemplare) und „Le Figaro“ (ca. 353.000 Stück) ein sehr konträres Bild der Bilder lieferten. Während „Le Monde“ ausführlich – mitunter mit Sonderbeilagen – berichtete, verhielt sich der konservative „Le Figaro“ verhältnismäßig still. Vielleicht passt das zu der Ankündigung des erst seit März neuen Herausgebers Serge Dassault: „Für mich ist es wichtig, eine Zeitung zu besitzen, um meine Meinung auszudrücken und auf Journalisten zu antworten, die alles mögliche schreiben.“ Dassault ist außerdem noch Frankreichs größter Waffenproduzent und gilt politisch als ultraliberaler Rechter. Das ebenfalls unter seinem Einfluss stehende französische Nachrichtenmagazin „L'Express“ verhält sich wie der „Le Figaro“: auch dort wird versucht, das Thema systematisch „klein“ zu machen. In der mehr als 200-Seiten umfassenden „L'Express“-Ausgabe vom 10. Mai findet sich gerade auf einer Seite ein Foto und zwar vom US-Präsidenten – dabei wird in zwei Spalten über „schlechte Nachrichten für Bush“ berichtet (5). Die Aufmachergeschichte für das Ressort Außenpolitik ist in diesem von Dassault dominierten Nachrichtenmagazin übrigens eine Reportage über Eskimos in Kanada.

## II

„Die schlimmsten Misshandlungen wurden von Wächtern der Nachtschicht durchgeführt, als sie dachten, sie würden

# ÜBER DIE WESTLICHE FOLTER IM IRAK

nicht beobachtet werden.“(6) Dieser Satz stammt nicht aus der aktuellen Irak-Debatte, sondern von Philip Zimbardo, der (neben dem Gehorsams- und Autoritätsexperiment von Stanley Milgram an der Yale-University 1961) mit dem Stanford-Prison-Experiment aus dem Jahre 1971 eines der bedeutendsten psychologischen Experimente des 20. Jahrhunderts durchführte. Aktualität gewinnt dieser Satz jedoch mit der Aussage eines Angestellten des Weißen Hauses, welcher im Nachrichtenmagazin „Time“ behauptet, dass es sich bei den Misshandlungen nicht um das normale Befragungsteam gehandelt hat, sondern um eine kleine Gruppe in der Nacht: „It was the night shift“ (7). Diese Aussage steht übrigens im Widerspruch zu den Behauptungen eines „Aufdeckers“ des Skandals, Seymour M. Hersh. Er behauptet im „New Yorker“, dass die Misshandlungen nicht von Vorgesetzten versteckt durchgeführt wurden (8). Zimbardo war vom Effekt der durch die vor 30 Jahren fiktive Gefängnis-situation hervorgerufenen Gewalttätigkeit selbst überrascht und das auf zwei Wochen ausgelegte Experiment musste bereits nach sechs Tagen abgebrochen werden. Für den Sadismus „stehen immer Kinder, Ehefrauen oder Hunde dafür zur Verfügung; oder es gibt Hilflose, wie die Insassen von Gefängnissen, Krankenhauspatienten (...)“, schreibt Erich Fromm, Psychoanalytiker aus der frühen Frankfurter Schule, in seiner letzten großen Untersuchung über die „Anatomie der menschlichen Destruktivität“ (9). Im Anschluss an Fromms kritischer Auseinandersetzung mit den Experimenten von Zimbardo und Milgram, entwickelt er als eine fundamentale Gegenthese zu Konrad Lorenz Aggressivitätsbehauptung (wonach Menschen „von Natur aus“ aggressiv und gewalttätig seien) eine sehr detaillierte Analyse der menschlichen Charakterzüge. Im Zusammenhang mit den Folterungen im Irak, zeigt sich in erster Linie der so genannte „sadistische Charakter“ der GefängniswärterInnen. Im gedanklichen Prozess des Verstehens, warum gerade ein 24-jähriger Mann oder eine 21-jährige Frau aus den USA irakische Gefangene nackt im Gang auf einen Haufen legen lassen, Hunde auf sie hetzen und andere zunächst „unerklärliche“ Dinge durchführen, bieten uns Zimbardo und Fromm zwei Ansätze. Für Philip Zimbardo ist die „totale Situation“ des Gefängnisses ein entscheidender Faktor, der aus durchschnittlichen Menschen Opfer und Täter entstehen lässt. Für Erich Fromm geht es stärker um die in einem langen historischen Prozess entstandene gesellschaftliche Rahmenbedingung und weiters um ein ganzes Bündel („Syndrom“) von Charakter-Eigenschaften, die in unterschiedlichen Situationen zum Vorschein kommen, ein anderes Mal aber im Hintergrund bleiben. (Adorno wiederum hat in seinen „Studien zum autoritären Charakter“ aufgezeigt, welche auch im Alltag allgegenwärtigen Indika-

Von Markus Wolschlager

toren auf einen autoritären bzw. faschistischen Charakter schließen lassen.) Fromm glaubt zu erkennen, dass „der Kern des Sadismus (...) die Leidenschaft ist, absolute und uneingeschränkte Herrschaft über ein lebendes Wesen auszuüben, ob es sich nun um ein Tier, ein Kind, einen Mann oder eine Frau handelt.“ (10). Er zeigt im Zusammenhang mit sadistischem Verhalten, dass der entscheidende Punkt ist, den Willen eines Menschen zu brechen – und hier eignet sich eben das sich Gefängnis besonders gut. Fromm untermauert sein Argument mit einer Studie der Harvard-University zu Kindesmisshandlungen, wonach sich die Häufigkeit der Misshandlung im Alter zwischen drei und neun Jahren verdoppelt (verglichen mit dem Alter von eins bis zwei Jahren bzw. von neun bis 15 Jahren). Fromm: „Das bedeutet, daß der Sadismus am intensivsten ist, wenn das Kind zwar noch hilflos ist, aber schon anfängt, einen eigenen Willen zu zeigen und sich gegen den Wunsch der Erwachsenen, es ganz zu beherrschen, zur Wehr zu setzen.“ (11). Auf den Folterbildern aus dem von den USA im Irak geführten Gefängnis Abu Ghureib können wir bei den WärterInnen die „Verwandlung der Ohnmacht in das Erlebnis der Allmacht“ sehen, bei ihnen werden „lebendige Wesen (...) zu Dingen“ – hier streben Sadisten „nach Macht über Menschen, eben weil (sie) nicht die Macht besitz(en), zu sein.“ (12). Eine Wärterin, Lynndie England, die auf den Bildern zu sehen war, rechtfertigte sich im US-Fernsehen so: „Mir wurde gesagt, ich soll mich dort hinstellen und auf diese Objekte (!) schauen.“ Philip Zimbardo hat sich 30 Jahren nach seinem Gefängnisexperiment zu den aktuellen Misshandlungen geäußert und schlussfolgerte im Nachrichtenmagazin „Time“, dass im Irak alle drei Faktoren fehlten, die in einem Gefängnis notwendig wären: erstens klare Regeln, zweitens ein gut ausgebildetes Team und drittens ein transparentes Konzept für Bestrafung bei Misshandlungen (13). Und Zimbardo fügt gegenüber der „New York Times“ hinzu: „Ich habe genau die gleichen Bilder von Gefangenen mit Säcken über ihren Köpfen.“ (14).

### III

Welche Kriegs- und Gefängnisorganisation ermöglichen solche Folterungen und Misshandlungen über einen längeren Zeitraum? Über diese strukturellen Fragen berichtete das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in seiner Titelgeschichte vom 3. Mai 2004 (15): „Die USA benutzen offenbar nicht nur eigene Militärpolizisten (...) – sie lassen verhören, von privaten Ermittlern, deren Tätigkeit weitgehend unkontrolliert bleibt und deren Handlungen amerikanischer Gerichtsbarkeit nicht untersteht.“ (16). Laut „Spie-

gel“ arbeiten eine Reihe so genannter Privater Militärfirmen (PMF) für die westlichen Staaten, im Irak derzeit etwa 25.000 Personen (nach „Spiegel“-Angaben bzw. 20.000 laut „Le Monde“ vom 8. Mai 2004, S. 2). Es arbeiten also doppelt so viele private Angestellte von Militärfirmen im Irak, als etwa Großbritannien Soldaten stationiert hat. Die Unternehmen Titan und CACI aus den USA suchen „dringend Verhörspezialisten“ welche in der Lage sind in irakischen Gefängnissen „effektiv zu interviewen bei allenfalls moderater Aufsicht“ (17). Solche Privatfirmen sind ein Markenzeichen der aktuellen Bush-Regierung, die wie keine vor ihr die Privatisierung staatlicher Funktionen vorangetrieben hat. Für den Verteidigungsminister der USA, Donald Rumsfeld, ist „jede Funktion, die vom privaten Sektor übernommen werden kann, keine Kernfunktion der Regierung.“ (18). Es geht bei den gegenwärtigen Entpolitisierungs- und Privatisierungsdebatten nicht nur um einen „schlanken Staat“, sondern auch um einen „schlanken Krieg“. Diese „Privatkrieger“ sind „Militärdienstleister neuen Stils“ (19), von denen der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler den Begriff des „Neuen Krieges“ mitgeprägt hat und die aus Großbritannien stammende Politologin Mary Kaldor zu folgendem Schluss kommt: Weil sich die politischen und ökonomischen, öffentlichen und privaten, militärischen und zivilen Bereiche kaum noch voneinander abgrenzen lassen, „läßt sich der Krieg kaum noch vom Frieden unterschieden“ (20). Ralf Bendrath schließlich vertritt die These, dass „die Söldnerfirmen als transnationale Gewaltdienstleister zu einer neuen Form von postnationaler Souveränität führen können, in der die Trennung von politischer und wirtschaftlicher Macht aufgehoben ist.“ (21). Krieg war schon immer ein „Geschäft“, doch die nun schon „Krieg-GmbHs“ genannten privaten Militärunternehmen konnten sich erst seit 1989, dem Ende des Kalten Krieges, zu einem „modernen internationalen Industriezweig“ ausbreiten (22). So stellte das Unternehmen Halliburton dem Pentagon eben erst eine Rechnung über 3 Milliarden Dollar; noch bis 1995 war dort der jetzige US-Vizepräsident Dick Cheney Konzernchef. Stellenausschreibungen für Söldner sind in den USA und Großbritannien heute fast so normal, wie für jeden anderen Job. Bei dieser Arbeit dürfte vor allem das schnelle Geld locken, denn Tagesgehälter bis zu 1.200 Dollar sind durchaus üblich (23). Der weltweite Markt für solche „Krieg-GmbHs“ wird von „Le Monde“ auf 100 Milliarden Dollar geschätzt. Während des zweiten Golfkriegs von 1991 kämpfte einer von 50 Soldaten als Angestellter eines solchen Unternehmens, in Bosnien 1996 kämpfte bereits von 10 Soldaten ein Söldner im Krieg und heute beträgt das Verhältnis etwa eins zu sieben (24). Für die privaten Verhörspezialisten im irakischen Gefängnis besteht eine rechtliches Vakuum, denn sie fallen weder unter die Militärgerichtsbarkeit, noch gelten für sie irakische Gesetze, weil sie im Auftrag der US-Armee arbeiten. Auch daraus erklärt sich, dass wenig Skrupel bestehen, Misshandlungen durchzuführen, wenn keine Strafe droht. Diese „Lockerheit“ lässt sich auf den Bildern und Videos beobachten. Bemerkenswert ist zudem, dass

vor allem rechts-konservative Parteien und Gruppierungen gerne Höchststrafen („Todesstrafe“, „lebenslang“) bei Sexualdelikten fordern, andererseits bei den aktuellen Vorkommnissen eine gewisse Belanglosigkeit zu beobachten ist. Rumsfeld überraschte im Mai nicht nur mit seinem Besuch im Irak, sondern auch mit seinem Statement zu den Soldaten: „Wir sind stolz auf euch“. Es zeigt sich weiters immer wieder, dass privat geführte Asylheime oder Gefängnisse menschenverachtendere Methoden anwenden. Im Herbst 2002 führte in Österreich Innenminister Ernst Strasser die damals schon länger geplante Privatisierung der Flüchtlingsbetreuung ein, indem er die Aufgaben von Hilfsorganisationen wie der Caritas an ein deutsches Unternehmen übertragen hat. „Der Standard“ verwies auf ein misslungenes Projekt in Deutschland, wo aus Spargründen die Betreuung einem Wachdienst übertragen wurde. Dort waren nach kurzer Zeit „kerkerähnliche Bedingungen unter paramilitärischer Bewachung“ die Folge (25).

Die Folterbilder lassen dazu verleiten, einen plumpen Antiamerikanismus entstehen zu lassen. Es gibt aber kein spezifisch amerikanisches Wesen, weder im negativen noch im positiven Sinne, wie Bush behaupten wollte, als er sagte, diese Folterungen seien „unamerikanisch“. Gerade die Normalität und Durchschnittlichkeit der durchführenden Menschen erschreckt immer wieder von Neuem. Die etwa 500 Männer vom Reserve-Polizeibataillon 101, die im Zweiten Weltkrieg in Polen zwischen Juli 1942 und November 1943 etwa 38.000 Jüdinnen und Juden eigenhändig erschossen haben, seien „repräsentativ für ‚ganz gewöhnliche Deutsche‘“ gewesen, schreibt der Historiker Christopher R. Browning in der Studie zu dieser Polizeitruppe (26). Auch die 150 ReservistInnen der 372. Militärpolizei-Kompanie im irakischen Gefängnis von Abu Ghureib sind durchschnittliche und ganz normale AmerikanerInnen.

Die „New York Times“ verwies nach den Irak-Bildern auf Hannah Arendts Formulierung von der „Banalität des Bösen“. Erkenntnisbringender als stereotype Zuschreibungen dürften vielmehr allgemein theoretische Überlegungen sein. In der dreifachen Privatisierung – angefangen von einzelnen Medienmogulen (Murdoch, Dassault), die aus ihren spezifischen Partikularinteressen heraus unfähig zur publizistischen Verantwortung sind; über psychologische Befunde, die andeuten, dass in „totalen Institutionen“ wie Gefängnissen jegliches Fehlen von Gemeinsamkeit in einer Unmöglichkeit an (hierarchiefreier) kommunikativer Verständigung und letztlich in (hierarchischer) Gewalt endet; sowie bis hin zu jener Form von Gefängnisprivatisierung und privatisierter Gewalt, die wir heute unter den Begriff der „Neuen Kriege“ zu beschreiben versuchen – in eben dieser dreifachen Privatisierung zeigt sich einmal mehr die etymologische Bestimmung des Privatmenschen: Idiot (27).

In dieser vollständigen Zerstreuung von Sinn und Inhalt ist es verständlich, dass sich der republikanische Präsident der Verteidigungskommission des amerikanischen Senats,

John Warner, zu folgender Aussage hinreißen ließ: „Wir wissen nicht, wer verantwortlich ist“ (28).

#### Markus Wolschlager

Student am ipw und Redaktionsmitglied  
(derzeit am Institut d'Etudes Politiques - Sciences Po in Aix-en-Provence)

#### Fußnoten:

- (1) vgl. „Le Monde“ vom 9. Mai 2004, S. 3. – Noch stellen die westlichen Alliierten die Befehlsgewalt im Irak, erst am 30. Juni 2004 soll die so genannte „Machtübergabe“ an eine irakische Provisionsregierung erfolgen. Dabei handelt es sich um eine problematische Formulierung, weil „Macht“ immer eine interaktionale Beziehung darstellt und nicht einfach wie ein Kuchenstück weitergegeben werden kann. Was am 30. Juni vielmehr geschehen soll, könnte besser als „die teilweise Rücknahme von militärischer (Befehls-)Gewalt“ beschrieben werden; „teilweise“ deshalb, weil das US-amerikanische Militär auch nach dem 1. Juli 2004 im Irak bleibt. Vgl. zur Begriffsunterscheidung von Macht und Gewalt auch Hannah Arendt: *Macht und Gewalt*. Piper, München/Zürich, 2000 (zuerst 1969), Kapitel II.
- (2) zitiert nach „Die Zeit“ Nr. 21 vom 13. Mai 2004 („Folter im Bild“)
- (3) Noam Chomsky: *Media Control*. Wie die Medien uns manipulieren. Europa-Verlag, Hamburg/Wien, 2003, S. 35. – Zur Ablenkungsstrategie: Serge Dassault stellt am 17. Mai 2004 am Titelblatt von „L'Express“ wieder einmal die Frage nach dem Aufenthaltsort von Osama Bin Laden.
- (4) vgl. Anthony King: *Thatcherism and the Emergence of Sky Television*. In: *Media, Culture & Society* Vol. 20, London, 1998, S. 277-293. / vgl. Stuart Crainer: *Rupert Murdoch – Die 10 Erfolgsgeheimnisse des größten Medienmoguls der Welt*. Ueberreuter-Verlag, Wien, 2000.
- (5) zum Zitat und den Informationen zu Serge Dassault vgl. [www.derstandard.at/etat](http://www.derstandard.at/etat), abgerufen am 16. März 2004; Zum „L'Express“ siehe die Ausgabe vom 10. Mai 2004, S. 74.
- (6) Philip G. Zimbardo u.a.: *Reflections on the Stanford Prison Experiment: Genesis, Transformations, Consequences*. In: Internet <http://www.prisonexp.org/pdf/bloss.pdf>, abgerufen am 3. Mai 2004, S. 11 (Übersetzung von mir).
- (7) zitiert nach Johanna McGeary, in „Time“ vom 17. Mai 2004, S. 36.
- (8) vgl. Seymour M. Hersh: *Torture at Abu Ghraib*. American soldiers brutalized Iraqis. How far up does the responsibility go? In: „The New Yorker“ vom 10. Mai 2004, S. 42-47, hier S. 46.
- (9) Erich Fromm: *Anatomie der menschlichen Destruktivität*. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 2003 (zuerst 1973), S. 327. (Zu Zimbardo vgl. S. 73)
- (10) a.a.O., S. 326 (Hervorhebung von Fromm)
- (11) a.a.O., S. 321
- (12) a.a.O., S. 327, S. 328 f., S. 334 (Hervorhebungen von Fromm)
- (13) vgl. Claudia Wallis: *Why did they do it?* In: „Time“ vom 17. Mai 2004, S. 41.
- (14) zitiert nach John Schwartz: *Between ‚Evil‘ And ‚Moral‘*, A Fine Line. In: „New York Times“ vom Mai 2004, wiederabgedruckt in „The New York Times. Une sélection hebdomadaire offerte par Le Monde“ vom 16. Mai 2004, S. 1.
- (15) vgl. Hans Hoyng und Siegesmund von Ilsemann: *Privatkrieg auf Staatskosten*. In: „Der Spiegel“ Nr. 19 vom 3. Mai 2004, S. 132-144.
- (16) a.a.O., S. 134.
- (17) vgl. a.a.O.
- (18) zitiert nach a.a.O., S. 140.
- (19) vgl. a.a.O., 135.
- (20) Mary Kaldor: *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1999, S. 175 (Edition Zweite Moderne, herausgegeben von Ulrich Beck); vgl. auch Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 2002.
- (21) Ralf Bendrath: *Söldnerfirmen in Afrika. Neue politische Vergesellschaftungsformen jenseits des modernen Staates*. Berlin, 1998, S. 2. (<http://userpage.fu-berlin.de/~bendrath>, abgerufen am 10. Mai 2004)
- (22) vgl. Fußnote (15), S. 139.
- (23) vgl. a.a.O., S. 141, S. 140 und S. 143.
- (24) vgl. „Le Monde“ vom 8. Mai 2004, S. 2.
- (25) Michael Simoner: *Recht vor Gnade für Flüchtlinge*. In: „Der Standard“ vom 28. Dezember 2001, S. 32. / vgl. Michael Völker u.a.: *Flüchtlingsbetreuung ist ein „riesiger Markt“*. In: „Der Standard“ vom 18. Oktober 2002, S. 8.
- (26) vgl. Christopher R. Browning: *Ganz normale Männer. Das Reserve-Bataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 2002, S. 290 und S. 293.
- (27) Arendt und Flusser weisen in ihren Schriften immer wieder auf den Zusammenhang von Privatmensch und Idiot hin, vgl. dazu Hannah Arendt: *Le conception d'histoire*. In: *La crise de la culture. folio essais*, Paris, 2003 (zuerst 1972), S. 96. / vgl. Vilém Flusser: *Vom Subjekt zum Projekt. Menschwerdung*. Schriften, 9 Bände, Band 3, Bollmann-Verlag, Köln, 1994, S. 38. – Der Begriff Idiot hat die Bedeutung Tölpel sowie gleichzeitig die aus dem altgriechisch hergeleitete Bedeutung von Privatmensch. Bei Idiot bzw. Tölpel ist somit jener Mensch gemeint, welcher nur seine eigenen Angelegenheiten im Kopf hat.
- (28) zitiert nach „Le Monde“ vom 11. Mai 2004, S. 2. – Brigadegeneralin Janis Karpinski, der alle US-Militärgefangnisse im Irak unterstanden, wurde sofort vom Dienst suspendiert. Ihr Nachfolger wurde General Geoffrey Miller. Ihm unterstand zuvor das Militärlager in Guantanamo. Dort, bei Kuba und somit außerhalb des US-amerikanischen Territoriums, halten die USA etwa 600 Menschen ohne Verfahren und Rechtsgrundlage nun schon seit zwei Jahren fest. (vgl. dazu Fußnote [15], S. 134)

# Kärntner Landtagswahl 2004 – vorher und nachher

Nachdem Jörg Haider das vorzeitige Ende der ersten schwarz-blauen Koalition provoziert hatte und die FPÖ bei den vorgezogenen Nationalratswahlen im November 2002 zugunsten der ÖVP implodiert war (von 26,9% auf 10%), glaubten viele, Schlüssel habe dem spektakulären Aufstieg des Rechtspopulisten ein endgültiges Ende gesetzt. Haider wurde nicht der neue Bundesparteiobmann der FPÖ, sondern blieb „nur“ Landeshauptmann von Kärnten. Ein ähnlicher Abstieg bei den Kärntner Landtagswahlen sollte Haiders politische Karriere endgültig beenden – doch es kam anders, als man es sich in mancher Parteizentrale erhofft hatte ...

Der österreichweite Trend vom Abstieg der FPÖ fand bei den Kärntner Gemeinderatswahlen im März 2003 nur eine abgeschwächte Fortsetzung: Die FPÖ kam kärntenweit auf 19,2% der Stimmen (1997: 26,1%) die SPÖ gewann stark dazu und kam auf 46,4%, die ÖVP nur leicht und erhielt 23,4%. Dennoch: die FPÖ war bei der Anzahl der Gemeinderatsmandate klar auf Platz 3 verwiesen worden.

Bei der Kärntner Landtagswahl im März 2004 hingegen feierte Haider ein überraschendes Comeback: Die FPÖ konnte ihren 1. Platz nicht nur verteidigen sondern sogar leicht ausbauen und kam auf 42,5% (1999: 42,1%). Die SPÖ blieb trotz beachtlicher Zugewinne zweite (von 32,9% auf 38,4%), die in Kärnten traditionell schwache ÖVP erlebte ein Debakel und sackte von 20,7% auf 11,6% ab. Die Grünen konnten die meiner Ansicht nach undemokratische 10%-Hürde im Wahlkreis Klagenfurt überwinden und kamen mit 6,7% erstmals in den Landtag.

Sämtliche in der Wahlkampfphase präsentierten Umfragen sahen die SPÖ klar vor der FPÖ, wenn auch eine „Aufholjagd“ der FPÖ erkennbar war. Was waren die Ursachen dafür, dass Haider in den letzten Monaten vor der Wahl doch noch genügend WählerInnen für sich überzeugen konnte?

Einerseits legte Haider einen fulminanten Wahlkampf hin, andererseits hatte er keinen ebenbürtigen Gegner. Denn in einer Landeshauptmann-Direktwahl

wäre Haider laut Umfragen immer auf Platz 1 gelandet. Das dürfte die Gestaltung der FPÖ-Plakate erklären: Die zentrale Farbe war Gelb, der Name der Partei war nirgendwo zu lesen, stattdessen der Schriftzug „Unser Landeshauptmann. Jörg Haider“.

Neben dem Nonstop-Händeschütteln in ganz Kärnten war das Auftreten von prominenten Persönlichkeiten anderer politischer Lager in FPÖ-Anzeigen ein wichtiger Bestandteil von Haiders Erfolgsstrategie. So wurden etwa Franz Grossmann (Ex-SP-Landessekretär) und Erwin Plaska (Ex-SP-Klubobmann im Landtag und AK-Direktor) neben dem Slogan „Ich vertraue ihm“ abgebildet. Aber auch Persönlichkeiten aus dem ÖVP-Reihen wie Johanna Trodt wurden von Haider abgeworben. Der SP-Bürgermeister Seifried gründete mit Haider die „Plattform Wolfsberg“ und plädierte für eine Wiederwahl Haiders, sollte die FPÖ wieder erste werden – zu dieser Zeit lautete die Linie der SP, Haider sei als Landeshauptmann unwählbar. Dadurch entstand das Bild von einem Haider, der dermaßen gute Arbeit geleistet haben muss, dass sich auch politisch anders orientierte für ihn begeisterten. Den plötzlichen Haiderfreunden ging es wohl um das Begleichen von alten Rechnungen oder um verlockende Versprechungen (Grossmann wurde FP-Kandidat bei der EU-Wahl). Erfolgreich war auch Haiders Geld-zurück-Aktion, bei der jene PensionistInnen, welchen auf Grund der Erhöhung der SV-Beiträge unterm Strich weniger von ihrer Pension blieb, von Haider persönlich einen kleinen Ausgleichsbetrag ausgezahlt bekamen. Dass ihnen das Geld von einer Regierung unter FP-Beteiligung zuvor genommen worden war, schien nicht aufzufallen, da man die Marke Haider bereits erfolgreich abseits der FPÖ positioniert hatte. Kurz vor der Wahl – welch Zufall – erschienen die aktuellen Kaufkraftdaten für Österreich, die die Behauptung der SPÖ widerlegten, Kärnten sei unter Haider wirtschaftliches Schlusslicht geworden. Nun konnte Haider mühelos Ambrozys Kritik als Schlechtmachen der Heimat abtun.

Die anderen Parteien konnten dem perfekten FP-Wahlkampf kein entsprechendes Auftreten entgegensetzen. Der SPÖ-Spitzenkandidat Peter Ambrozy war

# Ein Erklärungsversuch für das unerwartete Comeback des Jörg Haider

Von Martin Mittersteiner

innerparteilich umstritten, SP-Prominenz lief zu Haider über, die ÖVP-Spitzenkandidatin Elisabeth Scheucher verscheuchte bürgerliche WählerInnen, die einen SP-Landeshauptmann verhindern wollten, in Richtung FPÖ mit ihrer Ansage, die ÖVP werde Haider auf keinen Fall nochmals unterstützen.

Die genannten Gründe sind ein Erklärungsversuch, warum die FPÖ in Kärnten entgegen dem Bundestrend nicht an WählerInnen verloren hat. Abgesehen davon ist es natürlich prinzipiell bedenklich, dass eine Partei, die etwa damit wirbt, zusätzliche zweisprachige Ortstafeln trotz Urteil des Verfassungsgerichtshofes verhindert zu haben, von einer großen Anzahl der Bevölkerung unterstützt wird.

Nach der Wahl – die großen Verlierer waren ÖVP und MeinungsforscherInnen – stellte Haider erwartungsgemäß den Anspruch auf die Position des Landeshauptmanns. Schon nach der ersten Gesprächsrunde von SPÖ und FPÖ konnten die vor kurzem noch erbitterten Feinde grinsend ein „Arbeitsübereinkommen“ präsentieren. Die ÖVP-Spitze wurde erneuert, Scheucher verzichtete auf ihr Landtagsmandat und Josef Martinz folgte Georg Wurmitzer als Parteiobmann nach. Martinz fühlte sich nicht an den Anti-Haider-Kurs seines Vorgängers gebunden. Am 31. März wurde Haider mit den Stimmen der FPÖ und ÖVP zum Landeshauptmann gewählt, die SPÖ ermöglichte die Wahl passiv durch Anwesenheit einiger Abgeordneter. Ambrozy begründete seine plötzliche Kooperationsbereitschaft mit Haider damit, dass die SPÖ „zum Wohl der Menschen und des Landes“ Verantwortung übernehmen müsse. Sowohl SPÖ als auch ÖVP brachen damit ihr Wahlversprechen, Haider als Landeshauptmann zu verhindern.

Haider hat seinen Landeshauptmannsessel also erfolgreich verteidigt. Nach dem Absturz der FPÖ bei der Nationalratswahl hat er im Kampf um ein Comeback oder ein politisches Aus deutlich gesiegt – und das auch noch auf Kosten der ÖVP. Schüssels Rechnung, Haider endgültig loszuwerden, ist nicht aufgegangen. Der auf Haider konzentrierte Wahlkampf macht es ihm nun möglich, andere Verluste

der FPÖ auf die Partei und nicht auf seine Person zurückzuführen, und das, obwohl Haider selbst für die jüngsten FP-Wahlniederlagen hauptverantwortlich ist. Es wird wohl nicht lange dauern, bis Haider wieder mehr will als bloß Landeshauptmann von Kärnten zu sein ...

**Martin Mittersteiner**

Student am ipw und Redaktionsmitglied

#### Quellen:

Umfragen (Sonntagsfrage und LH-Direktwahl): OGM, veröffentlicht u.a. am 22.2.2004 in der Kleinen Zeitung  
Wahlergebnisse: BMI, Amt der Kärntner Landesregierung, DiePresse  
FPÖ-Wahlwerbung: [www.joerg1.at](http://www.joerg1.at), [www.fpoe-ktn.at](http://www.fpoe-ktn.at), Kleine Zeitung und Kärntner Tageszeitung von Jänner bis März 2004



# NEUE IMPULSE

„Die Situation an den Universitäten ist für DissertantInnen traurig“, schreibt Thomas König in seinem Aufsatz in dieser Ausgabe von „Politix“. Diese Aussage wirft eine Reihe von Fragen auf, die neben dem konstruktiven und fruchtbaren wissenschaftlichen Austausch im Mittelpunkt der Diskussionen der ersten österreichischen Graduiertenkonferenz für die Politikwissenschaft, powi04, standen: Was ist die Zukunft der Politikwissenschaft in Österreich? Wie geht es Graduierten und DoktorandInnen in den bestehenden Strukturen? Wo bestehen inhaltliche und methodische Mankos? Und wie kann das junge wissenschaftliche Potential besser eingebunden sowie gefördert werden?

Das Ziel der powi04, die vom 13. bis 15. Mai 2004 in Wien stattfand, lag auf der einen Seite in der wissenschaftlichen Vernetzung und der Förderung vom akademischen und persönlichen Austausch. Auf der anderen Seite sollte für Außenstehende und VerantwortungsträgerInnen bewusst der Blick für den status-quo und die allgemeinen Probleme der DissertantInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen geschärft werden, um gemeinsam Alternativen aufzuzeigen und mögliche Verbesserungen anzustoßen. Mit über 100 TeilnehmerInnen waren sowohl die öffentlichen Podiumsveranstaltungen als auch die intensive inhaltliche Arbeit zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten in insgesamt fünf Arbeitsgruppen ein großer Erfolg. Anliegen der OrganisatorInnen ist es in jedem Falle, auch über die Konferenz hinaus zu wirken. Ob die Dynamik der powi04 zu konkreten neuen Impulsen in der österreichischen Politikwissenschaft und in der Nachwuchsförderung führen wird, hängt aber entscheidend

auch vom Interesse für weitere Aktivitäten, dem Einbringen von Ideen und Einsatz weiterer Engagierter und nicht zuletzt von einer gezielten und selbstbewussteren Kommunikation mit etablierten WissenschaftlerInnen ab.

Den Beginn der Konferenz machte die öffentliche Podiumsdiskussion „Politikwissenschaft in Österreich: Perspektiven für die Nachwuchsförderung“. Vor einem Publikum von etwa 150 ZuhörerInnen diskutierten in der voll besetzten Aula des Alten AKH unter der Leitung von Monika Mayrhofer Eva Kreisky (Vorständin des Instituts für Politikwissenschaft), Rainer Bueböck (Vorsitzender der ÖGPW und Mitglied der Akademie der Wissenschaften), Gerda Falkner (Leiterin der Abteilung für Politikwissenschaft am IHS), Gerhard Clemenz (Vorsitzender des Senats der Uni Wien), und Thomas König (Dissertant an der Uni Wien). Auf dem Podium waren somit vom Senat der Uni Wien, deren Institut für Politikwissenschaften, über die Akademie der Wissenschaften, bis hin zum IHS verschiedenste in die DissertantInnenausbildung eingebundene Institutionen vertreten, aus deren spezifischen Perspektiven die DiskutantInnen argumentierten – leider gelegentlich aneinander vorbei. Im Mittelpunkt der Debatte standen die mangelhafte institutionelle und inhaltliche Einbindung von DoktorandInnen in Österreich, deren prekäre sozioökonomische Verhältnisse sowie die unsicheren Zukunftsperspektiven in der österreichischen Forschungslandschaft. Einerseits wurden die schwierigen Bedingungen und die Mühen eines ernsthaften und nicht nur durch die grassierende „Titelsucht“ motivierten Doktoratsstudiums geschildert, welche sich vor

allem in fehlenden Ressourcen, einem katastrophalen Betreuungsverhältnis, einer mangelnden Einbindung in die scientific community und nicht zuletzt die Nicht-Anerkennung von DoktorandInnen als gleichberechtigte und kompetente junge ForscherInnen bemerkbar machen. Andererseits war die Rede von der Notwendigkeit einer Professionalisierung des Doktoratsstudiums im Zuge rezenter Universitätsreformen, von notwendigen Selektionen bei der Auswahl der DoktorandInnen und notwendiger Mobilität und Flexibilität im internationalen Umfeld, kurz: vom Doktoratsstudium als elitärer Ausbildung für die wenigen „besten Köpfe“.

Den Anfang der Diskussion machte Eva Kreisky. Kreisky schilderte eindrücklich die in der Regel triste Situation der DoktorandInnen der Politikwissenschaft in Österreich. Insgesamt gibt es derzeit etwa 15.000 DoktorandInnen, wovon lediglich fünf Prozent ein Stipendium beziehen und 47 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Am Institut für Politikwissenschaft in Wien, der bei weitem größten politikwissenschaftlichen Ausbildungstätte des Landes, sind durchschnittlich etwa 220 DoktorandInnen inskribiert, wobei im Jahr 2003 diese Zahl auf 260 gestiegen ist. Während allein die DoktorandInnen für Politikwissenschaft Studiengebühren in der Höhe von 95.000 Euro einzahlen, betrug das Lehrbudget für Forschungsseminare und DissertantInnenseminare für die gesamte human- und sozialwissenschaftliche Fakultät im Vorjahr nur 83.000 Euro. „Mit diesen Strukturproblemen“, so Eva Kreisky, „werden Doktoratsstudierende und BetreuerInnen allein gelassen“. Denn obwohl

# für die POLITIKWISSENSCHAFT in Österreich?

Von Vedran Dzihic  
und Eva Heidbreder

insbesondere im Doktoratsstudium die Einheit aus Forschung und Lehre umgesetzt werden sollte, ist dieses Ziel unter den bestehenden Bedingungen und dem zusätzlich schlechten allgemeinen Universitäts- und Wissenschaftsklima in Österreich kaum möglich.

Während diese Probleme auch von den anderen PodiumsdiskutantInnen gesehen wurden, kamen diese zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Doktoratsprogramme im internationalen Vergleich beschreibend, bescheinigte Rainer Bauböck Österreich ein wenig überraschend schlechtes Zeugnis für Österreich im Gegensatz zu Staaten wie Schweden oder Großbritannien. Daher forderte er eine durchaus wünschenswerte, wenn auch derzeit kaum realisierbare massive Aufstockung der finanziellen Ressourcen für das Doktoratsstudium. Bauböck plädierte darüber hinaus für die Abschaffung der Habilitation und für eine gleichzeitige Aufwertung des Doktors als der Zugangsvoraussetzung für eine wissenschaftliche Karriere. Dementsprechend wäre in seinen Augen eine strengere Selektion beim Zugang zum Doktorat sinnvoll, frei nach dem Motto „Es muß ja nicht jeder das Doktorat machen.“ Da Österreich zu klein für Dissertationsstudien in allen Disziplinen sei, wäre nach Bauböck eine klare thematische Profilbildung beim Angebot von Doktoratsstudien notwendig, um das österreichische Angebot auch international interessant zu machen.

Gerda Falkner schloss sich der Forderung nach der Profilbildung in be-

stimmten Bereichen an, um im selben Zug die Vorteile der in ihren Augen optimalen DoktorandInnenausbildung am IHS zu betonen. Dort existiert eine österreichweit einmalige postgraduale Ausbildungsform, allerdings sind auch am IHS die geringe finanzielle Ausstattung der ScholarInnen und mangelnde Einbindung in wissenschaftliche Lehre und Praxis evident. Die Debatte um die Internationalisierung der österreichischen Politikwissenschaft aufgreifend, betonte Gerhard Clemenz die Notwendigkeit für die Universitäten, effizienter bei der Verteilung von Ressourcen zu werden, um die ohnehin mageren Ressourcen effektiver zu nutzen. Gerade bei Clemenz, der wegen der kurzfristigen Absage von Rektor Winckler für die Diskussion eingesprungen war, zeigte sich die Einstellung, dass man die derzeitige Situation und die vor allem die finanzielle Ressourcenschwäche schlicht und einfach akzeptieren und „das Beste“ daraus machen müsse. „Das Beste“ sollte durch die Einführung strengerer und kompetitiver Selektionsmechanismen nach Clemenz erreicht werden. Der restriktivere Zugang solle für eine erheblich geringere Anzahl von DoktorandInnen ein tatsächlich allumfassendes Doktoratsstudium gewährleisten. Clemenz betonte des Weiteren die bereits von anderen DiskussionsteilnehmerInnen angesprochene Hinwendung zu PhD-Programmen als zukunftsweisendes Modell, welche eine stärker strukturierte Ausbildung mit intensiverer Betreuung als im derzeitigen Doktoratsstudium vorsehen. Wie all dies unter derzeitigen Bedingungen realisiert und

angegangen werden könnte, konnte Gerhard Clemenz nicht beantworten.

Kritisch gegenüber dieser Position positionierte sich der Vertreter der Studienrichtung für das Doktoratsstudium an der Human- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien und einer der Organisatoren der powi04, Thomas König. Sein Plädoyer: Die strukturellen Probleme, unter denen DissertantInnen in Österreich leiden, könnten weder durch persönliche Appelle noch durch strengere Selektionsverfahren gelöst werden, da einige der zentralen Missstände nur bedingt finanzieller Natur sind. So werden DoktorandInnen in den meisten Fällen nicht in die Scientific Community integriert und allzu häufig von arrivierten WissenschaftlerInnen nicht als vollwertige KollegInnen akzeptiert. Dabei sei die Stärkung des Selbstvertrauens der DissertantInnen neben einer intensiven Betreuung die zentrale Aufgabe einer Betreuerin oder eines Betreuers. König wies darüber hinaus auf eine Arbeitsgruppe hin, die im Rahmen des Bologna-Prozesses und der europaweiten Vereinheitlichung der universitären Strukturen eine österreichische Position ausarbeiten soll. Scharfer Kritik unterzog König die mangelnde Einbindung von VertreterInnen der DissertantInnen in diese Arbeitsgruppe sowie eine völlig fehlende Informationspolitik. Dies sei nach König ein klares Zeichen dafür, dass – ganz nach dem Muster der Implementierung des Organisationsplans an der Universität Wien – erst nach der Verankerung der wesentlichen Eckpun-

kte der Neustrukturierung ein Diskussionsprozess über anstehende Reformen in Gang gesetzt werden sollte. Im exklusiven Kommentar von Thomas König für diese Ausgabe von Politix findet ihr mehr zu seiner Kritik an derzeitigen Strukturen des Doktoratsstudiums.

Trotz einer an einzelnen Stellen oberflächlich und mit distanziert belehrender Gestik verlaufenden Diskussion, in der mehr auf finanzielle als grundlegend strukturelle Probleme der DoktorandInnen in Österreich eingegangen wurde, kamen dennoch eine Reihe zentraler Aspekte zur Sprache, wie zum Beispiel die prekäre soziale Lage der DoktorandInnen in Österreich auf Grund kaum vorhandener Stipendien gekoppelt mit schlechten Betreuungsverhältnissen, unter denen sowohl DoktorandInnen als auch Lehrende gleichermaßen leiden. Die Folge dieser schwierigen Verhältnisse sind häufige Frustrationen und Anonymisierung, welche besonders auf der institutionellen Ebene die für die wissenschaftliche Zukunft der DoktorandInnen entscheidende Einbindung in die wissenschaftlichen Diskurse des Fachs unmöglich machen. Auch wenn die Podiumsdiskussion insgesamt weniger Visionen eröffnete als Missstände aufzeigte, war sie dennoch ein wichtiger Anreiz für die Beschäftigung und Nachdenken über die offensichtlichen Strukturprobleme der DoktorandInnen-Ausbildung in Österreich und über die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Bereich. In diesem Sinne wurde die Veranstaltung von einem Teilnehmer im Auditorium mit dem bezeichnenden Satz resümiert: „Gut, aber deprimierend“.

**Eva Heidbreder und Vedran Dzihic**  
Scholarin am ihs und Dissertant u.  
Studienassistent am ipw

# 13. – 15. Mai powi04 GRADUIERTENKONFERENZ



# Kreativität und Betreuung

Von Thomas König

Die Situation an den Universitäten ist für DissertantInnen traurig. Es beginnt mit der mangelhaften Ausstattung der Institute, geht über die mangelhafte Absicherung, und endet bei der oftmals auch mangelhaften Betreuung. Die Studierenden sind auf eine seltsame Art und Weise alleine gestellt. Dadurch, dass es für die wenigsten die Möglichkeit gibt, sich institutionell zu etablieren – also etwa, in der Institution Ihres/r Betreuers/In eine Anstellung, ja überhaupt eine räumliche Einrichtung zu erlangen – sind sie schon mal aus einem sozialen Raum herausgestoßen.

Es hat sich dadurch auf beiden Seiten – DissertantInnen wie BetreuerInnen – oftmals ein fatales Verhalten daraus eingeschlichen. Von Seiten der Studierenden ist zu bemerken, dass es hier entweder nur um den Titel geht oder darum, etwas Sinnvolles fortzusetzen, auch wenn die Betroffenen zu wissen glauben, dass der Besitz des Titels auf ihre Karriere keinen weiteren Einfluss haben wird. In beiden Fällen – Streben nach dem Titel oder Dissertation um der Dissertation willen – bleibt das Entscheidende weg, nämlich die Integration in die scientific community.

Bei den BetreuerInnen ist oft zu merken, dass die DissertantInnen nicht richtig wahrgenommen werden. Das ist so ziemlich das Schlimmste: die demotivierende Behandlung, nicht in den Forschungsprozess, den wissenschaftlichen Diskurs einbezogen zu werden. Es gibt eine Reihe von Faktoren dafür: zu wenig Betreuende insgesamt, keine institutionelle Anbindung, kein regelmäßiger wissenschaftlicher Austausch, etc. Aber hier liegt genau der Knackpunkt, was ein gutes Doktoratsstudium leisten kön-

nen muss: das Etablieren eines engen Betreuungsverhältnisses, das den DissertantInnen zugleich alle Möglichkeiten lässt, interdisziplinär wissenschaftliche, methodologische, kommunikative Kompetenz zu erlangen.

Nun gehört es zu den Besonderheiten der bevorstehenden Reform, dass viele der zu kritisierenden Punkte ernst genommen zu werden scheinen. Es soll im strengen Sinn zukünftig gar kein Doktoratsstudium mehr geben, sondern Doktoratsprogramme, die, entsprechend aufgewertet, dann gleich eine Brücke hin zur wissenschaftlichen Karriere bilden. Programm, das bedeutet auch: Anstellung der Doktoranden und Doktorandinnen, Hineinbringen in den Forschungsprozess, endlich das schaffen, was heute ein riesiges Problem ist: Anerkennung als JungwissenschaftlerInnen zu verleihen und diese auch zu honorieren.

An sich klingen die Reformüberlegungen zu einem Doktoratsprogramm sehr vernünftig. Es stört aber sogleich daran, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet zu werden droht. Denn angesichts des Umstandes, dass die Strukturen von oben herab beschlossen werden, besteht auch die Gefahr, dass etwa die Projekte, anhand derer zukünftige DoktorandInnen als wissenschaftlicher Nachwuchs beschäftigt werden, von oben vorgegeben sein werden. Wird es aber komplementär auch die Möglichkeit geben, eigene Projekte zu entwerfen, sie einzureichen? Zugleich wird die Gruppe der DissertantInnen massiv verändert: Die Zahl der Stipendien und Anstellungen wird steigen, aber außen vor bleiben oftmals die, die sich in den falschen Gegenden bewegen oder aufgrund neuer Selektionsmechanismen nicht mehr qualifiziert sind.

Dagegen könnte man nun einwenden: dass ist eben der notwendige Schritt zur Professionalisierung des Doktorats, dass nicht alle hinein kommen. Und tatsächlich wird die Quote, wie viele aktueller DoktorandInnen dann in den Genuss einer Förderung kommen, wesentlich mit der Wahrnehmung der messerscharfen Grenze zwischen jenen, die gefördert werden, und jenen, die das Doktorat aus „irrationalen“ Gründen machen, zusammenhängen. Aber müsste nicht die Möglichkeit zur eigenen wissenschaftlichen Profilierung gestärkt werden? Und müssten nicht die Selektionsmechanismen öffentlich diskutiert und ihre regulierende Wirkung so weit wie irgend möglich abgefedert werden?

Zentrales Merkmal der Sozialwissenschaften ist die Kreativität. Kreativität meint die Möglichkeit, interdisziplinär (also in wissenschaftlichem Austausch stehend) und mit neugierigem Blick (also jenseits von Schulbildung) wissenschaftlich zu arbeiten. Diese Kreativität wird ermöglicht, wenn es eine bessere materielle Absicherung von DissertantInnen gibt. Aber zugleich wird sie eingeschränkt, wenn die damit verbundene Arbeit ausschließlich durch Projekte von oben vorgegeben wird. Gleiches gilt für die Qualität der Betreuung. Eine bessere Einbindung der DissertantInnen stärkt ihr Verhältnis zur Gruppe der BetreuerInnen. Selektion kann dabei aber nicht das vorauseilende Prinzip sein.

**Thomas König**

Dissertant am ipw und Studienassistent  
fürs Doktoratsstudium an der Human- und  
Sozialwissenschaftlichen Fakultät,

Universität Wien

<http://www.univie.ac.at/doktorat-huso/>

# DIE BESTEN KÖPFE?

Die Erstellung einer Dissertation ist ein recht zwiespältiges Unterfangen: Zum einen sind wir Studierende, die Seminare besuchen und Studiengebühren zahlen müssen, zum anderen aber sollte die Dissertation und die Arbeit an einer solchen nun endlich als Forschung und wissenschaftliche Arbeit anerkannt werden. Von diesem Punkt sind wir schon vor Jahren gestartet, und in meiner Naivität dachte ich doch glatt, wir seien mittlerweile zu einem Konsens gekommen: Dissertierende sind ForscherInnen. Gerade eine Graduiertenkonferenz ist von diesem Selbstverständnis getragen: Wir forschen, und daher haben wir etwas zu präsentieren. Änderungen der aktuellen Situation im „Dissertationsstudium“ sollten die Anerkennung als Forschende zum Ausdruck bringen und strukturell ermöglichen.

In der Podiumsdiskussion zum Auftakt der Graduiertenkonferenz „powi04“ mit dem Titel „Politikwissenschaft in Österreich - Perspektiven für die Nachwuchsförderung“ bot sich mir ein völlig anderer Eindruck. Schon die Bezeichnung als „Nachwuchs“ lässt Böses erahnen. Wer wächst denn da wohin nach? Und vor allem: Wer lässt wachsen? Im Zuge zweier Diskussionsrunden kristallisierte sich für meine Ohren ein Thema heraus, das ich als Knackpunkt der Debatte interpretieren würde: Wie gestaltet sich Betreuung der „besten Köpfe“?

Mit der umfassenden Reform von allem, was bisher an der Universität geschehen ist, steht selbstverständlich auch das Dissertationsstudium vor der Reform. Das magische Wort auch in dieser Podiumsdiskussion war „Konkurrenz“ – die Universität und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen konkurrieren um die „besten Köpfe“, und diese um die besten Dissertationsstellen. Da staatliche Universität per se schlecht ist, müssen die neuen Impulse für die Umsetzung von nicht-universitären Institutionen kommen.

Das IHS und die Akademie der Wissenschaften stehen somit schon in den Startlöchern, und führen uns die Modelle der Zukunft vor – intensives Programmstudium, wo frau wirklich noch was lernen kann, und

um die Themenwahl für die Dissertation zu erleichtern, folgt gleich eine Rahmenvorgabe, in die eh viel reinpasst – „EU-Integration“. Dieses Modell ermöglicht nun endlich eine intensive und adäquate Betreuung für Dissertierende.

Wahrscheinlich ist im Sinne der Nachwuchsförderung „wissenschaftliche Düngung“ oder so gemeint. Ganz klar wurde die Definition einer guten Betreuung jedoch nicht. Es gab eine doch recht einhellige Feststellung, dass die Betreuungssituation derzeit schlecht ist. Das wurde auch mit Zahlen und Fakten (Betreungsverhältnis, Zahl der Dissertierenden und der Abschlüsse usw.) belegt – muss also wahr sein. Um an dieser Situation etwas zu ändern, wären mehr Ressourcen sicher nützlich. Da wir hier allerdings nicht viel Spielraum haben, müssen wir die andern Faktoren korrigieren.

Die besten Köpfe – will heißen: nicht alle Köpfe – müssen sich entscheiden, entweder für die Wissenschaft oder gegen sie. Es geht nun einmal nicht an, dass es Menschen gibt, die im Berufsleben stehen, Geld verdienen und dann noch eine Dissertation verfassen wollen. Diese werden mal kategorisch ausgeschlossen. Sie mögen sich doch in Weiterbildungseinrichtungen begeben.

Die besten Köpfe sollten zwar soweit ökonomisch denken können, dass sie in der Lage sind um Dissertationsstellen zu konkurrieren, aber nicht so ökonomisch denken, dass sie auch noch Geld verdienen wollen, um sich z.B. ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, oder gar eine Qualifikation für den Arbeitsmarkt erwerben, falls das mit der Wissenschaft nichts wird.

Die besten Köpfe müssen grenzenlos mobil sein und sollten vier bis fünf Sprachen beherrschen, denn die besten Dissertationsstellen sind möglicherweise weit weg in einem fernen Land.

Die besten Köpfe dürfen keine Fehler machen. Ein eingerichtetes Dissertationskonzept steht für die Ewigkeit – Themenwechsel wird nicht geduldet.

# Kommentar zur Podiumsdiskussion

Von Marion Löffler

So erträumen sich Teile des Podiums also ihre besten Köpfe, die sie dann freudig betreuen werden. Mehr als fünf DissertantInnen können nicht gleichzeitig betreut werden, das würde das Betreuungsverhältnis verzerren und die Qualität der Betreuung in Mitleidenschaft ziehen. Was genau treiben diese Leute eigentlich, wenn sie eineN DissertantIn betreuen? Dieser horrende Aufwand klingt doch fast so, als müssten sie die fünf Dissertationen selber schreiben. Was machen aber dann die „besten Köpfe“ in der Zwischenzeit?

Ich persönlich habe eine relativ klare Vorstellung davon, was eine gute Betreuung ist, und was eine schlechte Betreuung ist. Eine gute Betreuung ist dann gegeben, wenn Dissertierenden ein Arbeitsumfeld ermöglicht wird, in das sie sich einbringen können, wissenschaftlich ernst genommen werden, in ihrem Tun ermutigt werden, und im Austausch mit der/dem BetreuerIn, anderen Dissertierenden und Forschenden ihre Projekte diskutieren, bearbeiten aber auch mal korrigieren dürfen.

Eine schlechte Betreuung bieten diejenigen, die gar nicht betreuen und diejenigen, die versuchen Klone ihrer selbst zu züchten. Das sind zwei interessante Strategien, denn gemessen am Arbeitsaufwand könnten sie wohl nicht konträrer sein, gemessen an meinem Qualitätsmaßstab aber sind sie gleich schlecht. Wenn nun aber mit einem derart großen Betreuungsaufwand argumentiert wird, kann es sich in Zukunft nur um Strategie Klon handeln, was auch wunderbar zur botanischen Nachwuchsmetaphorik passt.

Einerseits harmoniert diese Strategie recht gut mit der Idee von Programm-Studien, nach denen nur noch ein Schwerpunkt betreut werden kann. Denn wozu sollten noch andere Themen betreut werden, wenn sie doch keine Aussicht auf erfolgreiche Klone versprechen. Andererseits wirft das ein neues Licht auf die „besten Köpfe“. Diese können und sollen dann wohl nur noch nach Anleitung dissertieren. Sie brauchen, um klonfähig zu bleiben, genaue Anweisungen was und wie sie zu forschen haben.

Wenn also die Zukunft des Dissertationsstudiums in solchen Programmen liegt, die zwar Stipendien versprechen, aber das auf Kosten der eigenen wissenschaftlichen Kreativität, dann verwundert allerdings auch nicht, dass die Anerkennung als Forschende wieder einmal nicht Thema der aktuellen Reformdiskussion ist. Dissertierende werden in Zukunft zwar „beste Köpfe“ heißen, als ForscherInnen aber nur die Klone derer sein, die von sich glauben der beste Kopf zu sein.

**Marion Löffler**  
Dissertantin und Lektorin am ipw

# Probleme von jungen PolitikwissenschaftlerInnen sind auch Probleme der Politikwissenschaft,

**B**ei der Podiumsdiskussion „Politikwissenschaft in Österreich. Perspektiven für die Nachwuchsförderung“ wurden zwar eine ganze Reihe von Schwierigkeiten von NachwuchswissenschaftlerInnen besprochen, das meiner Einschätzung nach fundamentale Problem wurde aber nur indirekt in den Aussagen der DiskussionsteilnehmerInnen sichtbar: Probleme für den politikwissenschaftlichen Nachwuchs werden nicht als Probleme der Politikwissenschaft in Österreich diskutiert, sie werden in erster Linie als Probleme für die betroffenen NachwuchswissenschaftlerInnen thematisiert. Dieser Unterschied ist meiner Meinung nach kein vernachlässigbarer sondern er deutet auf das grundlegende Problem in dieser Debatte hin, nämlich die fehlende Anerkennung des politikwissenschaftlichen Nachwuchs als wichtiger und notwendiger Teil der Politikwissenschaft. Diese äußerte sich z.B. in einer seltsamen Teilnahmslosigkeit einiger DiskussionsteilnehmerInnen. Diese Teilnahmslosigkeit drückte sich nicht durch eine mangelnde Gesprächsbereitschaft in der Diskussion aus, sondern durch eine eigenartige inhaltliche Teilnahmslosigkeit und durch fehlende Reflexivität bezüglich der eigenen Einstellungen und Involviertheit gegenüber bzw. in den politikwissenschaftlichen Strukturen. Nur eine einzige Teilnehmerin, Eva Kreisky, schnitt wesentliche inhaltliche Fragen an, die anderen unterstrichen ihre Außenperspektive oder versuchten mit wohlmeinenden Ratschlägen zu „helfen“. Durch letzteres wird auch ein Hierarchiedenken sichtbar, das junge WissenschaftlerInnen nicht als solche wahrnimmt und deren thematische Anstöße kaum als ernst zu nehmende inhaltliche Anregungen betrachtet (dies zeigte sich auch an der mangelnden Anwesenheit von etablierten WissenschaftlerInnen in den Workshops der Graduiertenkonferenz, bei denen NachwuchswissenschaftlerInnen ihre Forschungen präsentierten).

Natürlich sind fehlende (finanzielle, karrierebezogene, ...) Anreize auch dafür verantwortlich, dass etablierte WissenschaftlerInnen Dissertierende kaum

miteinbeziehen. Aber gerade diese Tatsache unterstreicht, dass die Probleme von jungen WissenschaftlerInnen auch die Probleme der Politikwissenschaft(erInnen) in Österreich selbst sind.

Mit der Konferenz wurde der Versuch gestartet, Dissertierende aus ihrer Isoliertheit (die neben dem finanziellen Problem wohl das dringlichste ist) zu lösen. Dieser Versuch kann nur mit Hilfe von etablierten WissenschaftlerInnen gelingen.

**Monika Mayrhofer**

Dissertantin am ipw und Scholarin am ihs

# oder nicht?

Von Monika Mayrhofer





# Generation 04

## - zwischen Resignation und Aufbruch

### Ein entmutigender Auftakt ...

Angesichts der prekären Studienbedingungen und des allgemein geringen gesellschaftlichen Stellenwerts der Sozialwissenschaften in Österreich können es eigentlich nur „irrationale“ Beweggründe wie beispielsweise ein unstillbarer Wissenshunger, der Glaube an die allgemeine Weltverbesserung oder aber auch ein Hang zum Masochismus sein, die jenseits einer direkten ökonomischen bzw. wissenschaftlichen Verwertbarkeit motivieren, die Abenteuerreise Doktoratstudium der Politikwissenschaft anzutreten. Als einziger „rationaler“ Grund bliebe demnach lediglich die Erlangung des Statussymbols „Dokortitel“ und seiner in Österreich vergleichsweise gesellschaftlich hohen Bewertung.

Annahmen wie diese bildeten den entmutigenden Auftakt zur ersten österreichischen Graduiertenkonferenz für Politikwissenschaft, der „POWI04“ bzw. beendeten die Podiumsdiskussion „Perspektiven für die Nachwuchsförderung“ zum Auftakt der Konferenz. Problematiken, die zu derartigen Überlegungen führen, waren auch vor der Auftaktdiskussion wohl bekannt und haben mit dazu beigetragen, eine Graduiertenkonferenz überhaupt zu veranstalten. Natürlich interessierte im Rahmen der Konferenz nicht nur, welche Persönlichkeitstypen überhaupt noch die „Bürde des Doktoratstudiums“ (in Österreich charakterisiert durch so gut wie keine Stipendienmöglichkeiten, einer mangelhaften Betreuung und Einbindung in die universitäre Forschung etc.) wohl freiwillig auf sich nehmen und welche Art von Forschungsprojekten hierbei wohl zustande kommen. Die „POWI04“ sollte vielmehr eine positive Initiative zur Diskussion und Verbesserung der prekären Lage vieler österreichischer NachwuchsforscherInnen sein. Doch der Verlauf der Diskussion bestätigte einmal mehr die Notwendigkeit, neue Impulse einzubringen und Taten zu setzen.

### ...aber eine ermutigende Konferenz!

Die POWI04 hatte zwei Schwerpunkte: zum einen die Lage der Politikwissenschaft, insbesondere der Graduierten in Österreich, einer kritischen und öffentlichen Diskussion zu stellen und der Frage der inhaltlichen und formalen Gestaltung von Nachwuchsförderung im allgemeinen nach-

zugehen. Darüber hinaus stand die mangelnde methodische Ausbildung im Studium zur Debatte. Dazu waren verschiedene Panels sowie die „POWI Lounge“, eine informelle Diskussionsrunde mit etablierten PolitologInnen, gedacht. Zum anderen sollte die Konferenz eine Plattform für den wissenschaftlichen Austausch und die Vernetzung von DiplomandInnen, DissertantInnen, Post-Docs und innovativen WissenschaftlerInnen schaffen, um eine Diskussion und einen Austausch oft isolierter Forschungsprojekte (und ForscherInnen) zu ermöglichen. Dies geschah neben informellen Gesprächen während der Pausen und Feste vor allem in fünf thematischen Arbeitsgruppen: „Gesellschaft und Staatlichkeit“, „Österreich und Europa“, „Politische Theorie“, „Internationale Beziehungen“ und „Transformationsprozesse“. Als Teilnehmerin der Gruppe Gesellschaft und Staatlichkeit kann ich einen Einblick in diese Gruppe geben.

### Gesellschaft und Staatlichkeit - aus dem „Innenleben“ einer Arbeitsgruppe

Eine Gruppe, die mit einem Arbeitstitel aus zwei derart umfassenden aber auch umstrittenen Begriffen wie „Gesellschaft und Staatlichkeit“ definiert wird, ermöglicht zum einen eine breite thematische Integration und somit eine spannende Diskussion, einen kreativen Austausch und eine kritische Auseinandersetzung, wirft zum anderen aber das Problem einer gewissen Schwammigkeit und Überfrachtung auf. So war Gesellschaft und Staatlichkeit die Arbeitsgruppe mit den meisten TeilnehmerInnen, den kontrolliertesten Redezeiten und den kürzesten Pausen, aber vielleicht auch jene mit den spannendsten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen.

Sowohl die Forschungsprojekte als auch ihre methodischen bzw. theoretischen Zugänge waren sehr vielfältig, sie reichten vom Themenkomplex Wandel von Staatlichkeit, Globalisierung und Europäische Integration, über Umweltpolitik, Migration, Bürgerkonferenzen bis hin zur staatlichen Konstruktion der nigerianischen Drogenmafia und der Bedeutung von Vertrauen in Innovationsnetzwerke. Die Zusammenlegung mit der Gruppe „Politisch Theorie“ am

# Ein Bericht zur ersten österreichischen Graduiertenkonferenz für PolitologInnen

Von Ines Hofbauer

zweiten Tag war eine große Bereicherung, denn sie brachte die notwendige theoretische Auseinandersetzung zu den Begriffen Gesellschaft und Staatlichkeit. Die theoretische Vielfalt zeichnete sich durch postmarxistisch und feministisch bis hin zu policy- und governance-orientierten Ansätzen aus.

So entstand über zwei intensive Tage ein hoher Bedarf an Diskussion zu der aber, angesichts der Dichte an Vorträgen, nur wenig Zeit blieb. Auffällig war, dass es insbesondere deutsche KollegInnen waren, die immer wieder die Frage nach der Methodik stellten. Die fünf deutschen TeilnehmerInnen, ausschließlich MitarbeiterInnen universitärer Forschungsprojekte, zeigten eine beeindruckende Professionalität im Auftreten, Präsentieren und Diskutieren und konnten im Gegensatz zu den österreichischen TeilnehmerInnen bereits auf einige Erfahrung mit Graduiertenkonferenzen zurückblicken.

Für alle war die Präsentation in der Arbeitsgruppe eine willkommene Gelegenheit bisher Erforschtes zu präsentieren, ihre noch unfertigen Arbeiten in der Öffentlichkeit zur Debatte zu stellen und so neue Motivation zum Weiterforschen zu sammeln.

## **Frischer Wind aus der und in die österreichische Politikwissenschaft**

Nach zwei sehr intensiven Tagen, reich an Diskussion und Kennenlernen von KollegInnen und ihrer Forschungsprojekte im Rahmen der Arbeitsgruppen und der Feste, stand einer leichten Erschöpfung eine unermüdliche Aufbruchsstimmung gegenüber, die weit entfernt vom entmutigenden Auftakt der Konferenz war. Zur Frage: "WARUM tue ICH mir das eigentlich an?" kam eine weitere hinzu: "WIE wollen WIR besser weiter machen?"

In der follow-up Runde am Ende der Konferenz wurden einige Initiativen angedacht, die von der Institutionalisierung im Rahmen einer Sektion der ÖGPW, den Weitererhalt und Ausbau der POWI04-webpage, über die Organisation einer Folgekonferenz in ein oder zwei Jahren, mögliche Veranstaltungsreihen bis zur Verknüpfung verschiedener bereits laufender Projekte reichten.

Allerdings schärfte die Konferenz auch das (Selbst-)Bewusstsein und das Bedürfnis, gemeinsame Initiativen setzen zu wollen, die über die gegenseitige Unterstützung hinausgehen sollen. So wollen wir uns stärker als bisher – schon jetzt als NachwuchsforscherInnen – in die österreichische Politikwissenschaft einbringen und auf diese Weise vielleicht auch zu einer Veränderung der hierarchisch strukturierten Wissenschaftskultur beitragen. Dabei wollen und können wir aber keineswegs auf alle im Eingang dieses Artikels erwähnten „irrationalen Beweggründe“ jenseits ökonomischer Verwertbarkeit verzichten, denn unser Vorhaben verlangt wiederum viel ehrenamtliches Engagement, Wissenschaftsbegeisterung und insbesondere einen Blick, der über den status-quo hinaus geht, um Alternativen zur Verbesserung unserer Lage und jener der Politikwissenschaft in Österreich verwirklichen zu können und vielleicht noch vieles mehr ...

**Ines Hofbauer**

Dissertantin am ipw  
und Projektassistentin am Institut für  
Staatswissenschaften/Abteilung Wirtschaftssoziologie



# *Salzburger Betrachtungen*

Nachdem unsere Graduiertenkonferenz letztlich so ein großer Erfolg und eine persönlich Bereicherung wohl für jede/n der OrganisatorInnen geworden ist, wirkt der Beginn dieses ganzen Projekts rückblickend fast schon wieder unwirklich und verschwommen. Es begann irgendwann letzten Herbst, da las ich an unserem Institutsbrett einen kleinen unscheinbaren Aufruf eines gewissen Stephan Hofers vom IHS in Wien, der sich doch allen Ernstes einbildete, österreichische PolitikstudentInnen zu einer Konferenz motivieren zu können. Na ja, ich war zu Beginn schon sehr skeptisch, fand die Sache aber so interessant, dass ich meine Teilnahme am ersten Vorbereitungstreffen bekannt gab. Irgendwann im November trafen sich dann ein gutes Dutzend Enthusiasten in Wien und die POWI 04 erblickte nach unzähligen Stunden des Hin- und Herdiskutierens das Licht der Welt. Erst dort wurde, so glaube ich, allen der Ernst, wie auch der Umfang dieses Projektes bewusst, zumal ja auch keiner von uns so etwas schon einmal auf die Beine gestellt hatte.

Es wurden Kompetenzen verteilt, Organisationsstrukturen festgelegt und die Sache begann an Momentum zu gewinnen. Als Salzburger, noch dazu der einzige der in der Organisation mitgewirkt hatte, fühlte man sich irgendwie als Rufer in der Wüste. Nicht dass man sich abgeschnitten vorgekommen wäre, ganz und gar nicht. Die interne Kommunikation zwischen den OrganisatorInnen verlief von Anfang bis Ende tadellos. Sogar als ich im Jänner/Februar zu Forschungszwecken in den USA weilte, riss der Informations- und Ideenstrom nie ab. Viel eher bedrückte mich die mangelnde Resonanz am Institut wie auch bei den Studierenden in Salzburg. Dies umso mehr, als wir in Salzburg quantitativ gesehen doch wesentlich kleinere Brötchen backen als in Wien. Die DissertantInnen in allen Teildisziplinen kann man wahrscheinlich an zwei Händen abzählen. Und die meisten fristen ein Einsiedlerdasein. Die Kommunikation zwischen uns wie auch zwischen den DiplomandInnen ist alles andere als gut. Insofern machte ich mich insgeheim, ebenso wie meine Innsbrucker Kollegen auf wenig Anteilnahme

aus den Bundesländern gefasst. Schließlich sollten es doch noch zwei andere Salzburger KollegInnen nach Wien schaffen.

Vielleicht liegt es aber auch an der Location. Möglicherweise sähe die Sachlage, würde die Konferenz das nächste Mal vielleicht in Salzburg abgehalten, ganz anders aus. All dies bleibt letztlich Spekulation.

Eines muss man, bevor ich meine Eindrücke von der Konferenz schildere, klar sagen: Die Hauptlast der Organisation trugen die Wiener bzw. die IHS-KollegInnen. Was wir in den „Außenstellen“ nach Kräften versuchten, war den Bekanntheitsgrad der POWI 04 zu steigern und immer wieder die ProfessorInnen und KollegInnen auf die Konferenz aufmerksam zu machen. Es war praktisch unmöglich Salzburger Finanzsponsoren für eine Veranstaltung in Wien zu bekommen. Wien ist weit weg, davon habe man nichts, habe ich immer wieder gehört. Nun gut, dafür waren unsere WienerInnen bei der Sponsorensuche erfolgreicher und auch die ÖGPW hat ihr finanzielles Herz für den Nachwuchs entdeckt. Kommen wir aber nun zur Konferenz selbst.

Alles war generalstabsmäßig geplant und hat im Großen und Ganzen ja auch funktioniert. Ich persönlich nahm im Panel „International Beziehungen“ teil. Die Teilnehmer kamen aus Österreich, England und Deutschland. Insgesamt hatten wir acht Präsentationen, was uns genügend Zeit für ausführliche Diskussionen zu jedem Thema gab. Die thematische Vielfalt war erstaunlich. Von klassischen Sicherheitsthemen über intra-organisatorische Wandlungsprozesse, internationale politische Ökonomie, Gender-Themen, kritische Theorie, Technologiefragen sowie Nuklearwaffenstrategien war alles vertreten. Für mich sehr interessant war die inzwischen doch starke Dominanz konstruktivistischer Ansätze in den Internationalen Beziehungen. Dieses Paradigma scheint momentan unter jungen NachwuchsforscherInnen Hochkonjunktur zu haben. Die Diskussionsatmosphäre war entspannt, die Diskussionen wurden intensiv aber immer sachlich geführt. Es ist immer wieder eine spannende Erfahrung, wenn Men-

# zur POWI 04

Von Stefan Fritsch

schen mit vollkommen unterschiedlichen Sichtweisen zu einem Thema diskutieren. Viele Kritikpunkte nimmt man positiv auf (weil sie möglicherweise stimmen), andere werden fallengelassen, da sie für die eigene Arbeit nicht relevant sind. Das wichtigste ist jedoch die Erfahrung der Kritik, das Schärfen der eigenen Argumente und die Sicht der anderen. Viele von uns haben vielleicht auch schon die Erfahrung des Tunnelblicks gemacht. Wenn man lange an einem bestimmten Thema arbeitet, verliert man leicht den kritischen Blick fürs Ganze. Andere Menschen dagegen nähern sich (D)einem Thema vollkommen unbelastet und sehen auf Antrieb Widersprüche oder Messprobleme, Dinge die einem selbst entgangen sind. Dieses Korrektiv von außen stellt für mich das wahrhaft Positive solcher Veranstaltungen dar.

Ich glaube, dass dieser ungezwungene Charakter bei den Panel-Diskussionen eine Folge der praktisch in-existenten Teilnahme des wissenschaftlichen Mittelbaus bzw. der ProfessorInnenschaft war. Das ist einerseits schade, da praktisch keine Anbindung an bestehende Strukturen möglich war, und diese ForscherInnengruppe somit keine Ahnung hat, was der Nachwuchs so treibt. Andererseits war es für uns alle selbst gut, da wir aus uns herausgegangen sind und frei von jedweder Hierarchie in Meinungsaustausch traten.

Zur interpersonellen Vernetzung beigetragen haben auch die Socializing-Events wie das POWI-Fest. Bei gutem Essen und Trinken konnte man bis spät in die Nacht weiter politisieren, philosophieren und ganz allgemein über Dinge sprechen, die JungforscherInnen interessieren, bedrücken usw. Das hat eine Art Gemeinschaftsgefühl erzeugt, von dem viele hoffentlich noch lange zehren. Man wusste spätestens nach dieser Konferenz, dass es viele junge und engagierte ForscherInnen gibt, die alle im gleichen Boot sitzen wie man selber. Das beseitigt zwar nicht bestehende Probleme wie mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten eigener Forschungsprojekte, aber man weiß zumindest, dass es noch andere gibt, die mit denselben Problemen kämpfen wie man selbst.

Ich persönlich ziehe also ein rundweg positives Resümee zu dieser Konferenz. Sie wird hoffentlich das Anfangsmomentum beibehalten. Vor allem eine Institutionalisierung im Rahmen der ÖGPW ist absolut wünschenswert. Jetzt gilt es aber neue Mitstreiter für die Aufrechterhaltung und Verwirklichung der Idee einer Nachwuchssektion in der österreichischen Politikwissenschaft zu rekrutieren. Denn die Sache darf nicht wie eine Sternschnuppe am Nachthimmel verblassen. Diese Konferenz sollte erst der Anfang zu etwas langlebigem gewesen sein, von dem mittelfristig wirklich neue Impulse ausgehen. Dabei sollte unbedingt versucht werden, alle Politikinstitute mit einzubeziehen.

**Stefan Fritsch**

Dissertant am Institut für Politikwissenschaft in Salzburg

# Gewalt sichtbar machen

Eine von fünf Frauen ist laut Schätzungen in Österreich von Gewalt durch einen nahen männlichen Angehörigen betroffen. „Eine von fünf. Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum“ ist auch der Titel einer interdisziplinären Ringvorlesung, die derzeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien abgehalten wird. Veranstaltet wird die Lehrveranstaltung vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser gemeinsam mit Universitätsprofessorin Dr.<sup>in</sup> Birgit Sauer. Die Ringvorlesung liefert einen Überblick über die verschiedenen Maßnahmen, die in Österreich zur Prävention von Gewalt an Frauen und Kindern in der Familie getroffen werden und wurden. Als GastreferentInnen konnten MitarbeiterInnen von Opferschutzeinrichtungen, WissenschaftlerInnen sowie VertreterInnen der Anti-Gewalt-Bewegung in Österreich gewonnen werden.

„Eine von fünf“ ist nur eine von zahlreichen Aktivitäten, die der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser seit mehr als 25 Jahren in ganz Österreich setzt, um Gewalt gegen Frauen und Kinder sichtbar zu machen: Angefangen hat alles 1988 mit der Gründung des Vereins „Aktionsgemeinschaft der autonomen österreichischen Frauenhäuser“, dem Zusammenschluss der Mitarbeiterinnen der autonomen Frauenhäuser Österreichs. Vernetzung und Informationsaustausch waren die beiden Zauberworte, die einige engagierte Frauenhaus-Mitarbeiterinnen dazu veranlasst hatten, einen Dachverband ins Leben zu rufen. Die Aktionsgemeinschaft der autonomen österreichischen Frauenhäuser (heute: Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser) sollte den Mitgliedern eine Plattform bieten, um – über die tägliche Arbeit im Frauenhaus hinaus – Maßnahmen zur Prävention von Gewalt an Frauen und Kindern entwickeln zu können. Eine der Gründerinnen erinnert sich:

„Was uns fehlte, waren Geld und ein Standort. Enthusiasmus für die Sache und den Willen, uns zu engagieren, brachten wir mit. (...) Rosa Logar (die Obfrau) fuhr mit zahllosen, aufs Rad gebundenen Ordnern durch Wien. Ich (Anm.: Renate Egger, damals Kassierin-Stellvertreterin) trug ständig massenweise Papier in großen Rucksäcken herum und Maria Fuchs (die Kassierin) transportierte mit ihrem Auto Schachteln mit Unterlagen von einem Ort zum anderen.

Wir hatten keinen Platz, um das Material zu lagern oder unsere Besprechungen abzuhalten. Rosas Wohnung wurde in ein Büro verwandelt (...). Ein unhaltbarer Zustand, besonders deshalb, weil es schon sehr bald österreichweite Anfragen und Anliegen an die Aktionsgemeinschaft gab.“ (Tätigkeitsbericht der Informationsstelle gegen Gewalt 1996)

Allerdings änderte sich dieser Zustand rasch, als dem Verein 1989 völlig überraschend der Dr.-Karl-Renner-Preis für Verdienste um die Republik Österreich zugesprochen wurde. Mit dem Preisgeld war es endlich möglich, ein Büro zu mieten. Dort, in der Hofgasse im fünften Wiener Gemeindebezirk, wurde dann 1991 die Informationsstelle gegen Gewalt eröffnet.

## Informationsstelle gegen Gewalt

Während der Verein als Dachverband die Interessensvertretung der autonomen Frauenhäuser in Österreich ist und sich in erster Linie um den Informationsaustausch und die Vernetzung zwischen den autonomen Frauenhäusern Österreichs kümmert, liegt das Hauptaugenmerk der Informationsstelle auf der Prävention von Gewalt. „Prävention durch Information“ ist das Motto der Einrichtung, die mittels Aufklärungsarbeit, Sensibilisierungskampagnen und Öffentlichkeitsarbeit versucht, Gewalt an Frauen und Kindern schon im Vorfeld zu verhindern.

## WAVE – Women Against Violence Europe

Bereits 1996 hat der Verein sein Tätigkeits-Spektrum mit einer weiteren Einrichtung erweitert: WAVE – Women Against Violence Europa ist ein europäisches Netzwerk von Hilfseinrichtungen, die im Bereich der Bekämpfung von Gewalt in der Familie aktiv sind. Das Koordinationsbüro des Netzwerks befindet sich in Wien und ist im Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser angesiedelt. WAVE wird über das DAPHNE-Programm der Europäischen Union finanziert.

## Frauenhelpline 0800/222 555

1999 konnte der Verein sein Angebot schließlich mit der „Frauenhelpline gegen Männergewalt 0800/222 555“ vervollständigen. Die Helpline ist der direkte Draht für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind ebenso wie für Familienangehörige, NachbarInnen und FreundInnen, die helfen wollen. Sie ist 365 Tage im Jahr rund um die Uhr aus ganz Österreich anonym und kostenlos zu erreichen.

## Literaturdokumentation

Schlussendlich gehört neben der Informationsstelle gegen Gewalt, WAVE und der Frauenhelpline seit jüngster Zeit auch eine umfangreiche Sammlung von Fachliteratur, Videos und Plakaten zum Thema Gewalt in der Familie zum Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser. Die Literaturdokumentation ist im Internet abrufbar ([www.plattformgegengewalt.at](http://www.plattformgegengewalt.at)), in einer Präsenzbibliothek in den Räumlichkeiten des Vereins können Bücher und Dokumente gelesen und auszugsweise kopiert werden.

# Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser

Von Daniela Almer

## Meilensteine

Meilensteine in der Vereinsgeschichte sind unter anderem die Entwicklung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Gewalt in der Familie, das seit 1997 in Kraft ist und der Polizei erlaubt, gewalttätige Personen aus der Wohnung zu weisen und ihnen für zehn Tage die Rückkehr zu verbieten. „Wer schlägt, muss gehen“ lautet die Botschaft des Gesetzes, das eindeutig die Handschrift der Vertreterinnen von Frauenhilfseinrichtungen trägt, die an seiner Entstehung intensiv beteiligt waren.

Bereits seit Beginn der 1990er Jahre werden in Österreich ExekutivbeamtInnen von Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser zum Thema Gewalt im sozialen Nahraum geschult. Diese Trainings sind eine wichtige Voraussetzung für die richtige Anwendung des Gewaltschutzgesetzes und fördern die Zusammenarbeit zwischen Opferschutzeinrichtungen und Polizei. Mittlerweile sind die von Mitarbeiterinnen des Vereins entwickelten Schulungen für alle ExekutivbeamtInnen in der Grundausbildung verpflichtend.

2003 konnte der Verein schließlich den Spielfilm AUSWEGE (Regie: Nina Kusturica, Drehbuch: Barbara Albert) herausbringen, der anhand von drei exemplarischen Geschichten Wege aus Gewaltbeziehungen schildert. AUSWEGE war Eröffnungsfilm des österreichischen Filmfestivals Diagonale 2003 und erst jüngst bei den Filmfestspielen in Berlin vertreten.

Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser wird zu 100 Prozent durch Subventionen und Spenden finanziert. Leider gibt es trotz des langjährigen Bestehens der Einrichtung aber keine Finanzierungs-Garantie seitens der zuständigen Ministerien. Im Gegenteil: Jedes Jahr muss um den Fortbestand des Vereins gekämpft werden.

## Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser

Bacherplatz 10/4  
1050 Wien  
Tel. 01/544 08 20  
Fax 01/544 08 20-24  
[www.aoef.at](http://www.aoef.at)

## WAVE

[www.wave-network.org](http://www.wave-network.org)

Frauenhelpline 0800/222 555



# *Eis oder nicht Eis* – das ist hier die Frage! – **oder:**

## Wie die Matrix und ihr Binärsystem schon Hamlet beeinflusst hat

Von Elisabeth Weigl

Zwar hat Shakespeare nichts von Computern und den ihnen zugrunde liegenden Einsen und Nullen gewusst, aber er kannte die beiden Zahlen bereits, und damit das, worauf unsere gesamte Welt basiert.

Was damit gemeint ist, ist das Problem, dass wir in einer Welt leben, die auf einem einfachen Binärsystem aufgebaut ist. Aber anstatt dies zu erkennen, quälen wir uns lieber jeden Tag mit vermeintlich unendlich vielen Entscheidungen herum. Dabei geht es nur darum, ob ich mich entscheide oder nicht. Zur besseren Verständnis ein kleines, anschauliches Beispiel:

Wenn ich Eis essen gehe, hätte ich doch viele verschiedene Entscheidungen zu treffen: Will ich eine Tüte oder einen Becher, und soll dieser essbar sein oder umweltverträglich; und dann die vielen Eissorten: etwas Milchiges, Schokoladiges, Fruchtiges, Nussiges, Blaues ... . Aber im Grunde genommen habe ich doch nur zwei Alternativen: Soll ich Eis essen oder nicht? Und erst wenn ich das entschieden habe, kann ich mich der nächsten Frage widmen: Becher oder Tüte. In Bezug auf die Eissorten werden einige jetzt meinen, dass es da doch so viele verschiedene Wahlmöglichkeiten gibt – viel zu weit gedacht! Wofür den Gedankenapparat mit solchen weitreichenden Fragen und ihren Konsequenzen überlasten? Es ist doch, wenn man es genau nimmt, immer nur eine Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten: Nehme ich die eine Eissorte oder nicht? Und bei der nächsten Geschmacksrichtung analog dasselbe: Nehme ich sie oder nicht? Folglich gibt es immer nur zwei Möglichkeiten! Also keine Panik, wenn man meint, die Welt breche über einem zusammen, weil es so furchtbar viele Entscheidungsmöglichkeiten gibt!

Doch um diese verzwickte Logik, dass absolut alles auf 0 und 1, nur zwei Alternativen, basiert, richtig beweisen zu können, bedarf es eines kleinen Ausflugs in die Philosophie und Mathematik (für alle, die jetzt meinen, es wird zu anstrengend: keine Panik, gibt ja nur 0 und 1 als Zahlen!).

Wenn man bei sich selbst anfängt, ist es leicht zu erkennen, dass man selbst zwiegespalten ist (nicht wie Jekyll und Hyde, aber dennoch existieren zwei Persönlichkeiten): Zum Einen gibt es diese fanatischen Widerstandskämpfer, in den Akten als Gefühle, Herz oder Geist vermerkt, denen der Körper, der den Verstand darstellt, im Kampf des Lebens gegenübersteht und versucht, seine autoritäre Herrschaft aufzuzwingen. Für welche Partei man sich bei den einzelnen Wahlen entscheidet, hängt zumeist von Jahreszeit, Alkoholeinfluss oder materiellen Gütern ab.

Wir werden nun einen großen Schritt weiter gehen, und zwar zu dem Kampf „Schicksal vs. Zufall“. Wenn man diese Rivalität auf unsere Idee überträgt, ergibt sich die Gegensätzlichkeit zwischen zwei völlig konträren Weltvorstellungen; vereinfacht könnte man auch hier wieder von „1 vs. 0“ reden.

Somit hätten wir unser eigenes Leben und das um uns im Grundgerüst geklärt. Doch ist das ganze nur philosophisch, werden die meisten hier sagen. Stimmt, nur da wir erkannt haben, dass eigentlich unsere ganze Welt, wir und unsere Umgebung, auf 0 und 1 basiert, kann man das ebenso von den kleinsten bekannten Teilchen annehmen: den Atomen und ihren Bewohnern. Und diese Bestandteile sind da oder eben nicht: 1 oder 0! Somit ist es auch logisch, dass das Universum aus dem Nichts, 0, entstanden ist, und nun den Zustand 1 (es ist da) hat.

Wer jetzt noch nicht verstanden hat, worum es geht, und wieso das alles mit 1 und 0 erklärt werden kann, dem sei mit einem bekannten Beispiel erklärt, worauf die Welt basiert: Sein oder nicht sein. Im Grunde gibt es keinen anderen Zustand für ein menschliches Lebewesen (wie das nun alles mit den Religionen abläuft, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen).

Und wer immer noch zweifelt, dem sei das „Yin-Yang“ von Konfuzius ans Herz gelegt, das besagt, dass das eine auch das eigene Gegenteil erzeugt. So entsteht z.B. durch die Bestimmung, was Schön ist, auch gleichzeitig eine Definition für das Hässliche. 0 erzeugt somit 1 und umgekehrt.

Und was hat das alles mit Politikwissenschaft zu tun? Zum einen ist es wichtig für StudentInnen der Politikwissenschaft, zu erkennen, dass es so etwas wie „politische Systeme“ gar nicht gibt, dass das alles nur Einbildung ist, weil die ganze Welt auf nur einem einzigen System beruht: dem Binärsystem!

Und um nun auch noch etwas wirklich Wichtiges für weltmachtgierige PolitikwissenschaftlerInnen zu bringen: Das, was einer „Weltformel“ als wichtigste Erkenntnis dienen würde, wäre wohl, wie das Universum seinen Zustand von 0 auf 1 umgestellt hat, und somit Raum und Zeit geschaffen hat. Denn könnte man dies herausfinden, wäre es ein leichtes, Atome und Moleküle zum eigenen Besten zu verändern, indem man ihre Bestandteile von „da sein“ auf „nicht da sein“ oder umgekehrt bringt. Man könnte somit die Welt beherrschen!

Die einzige Frage, die sich ein angehender Brain mit Ellipsenkopf noch zu stellen hat, ist, ob man mit diesem Binärcode-Panschen auch in der vierten Dimension, der Zeit, herumfuschen und damit noch mehr Macht erhalten könnte. Doch ob Zeit wirklich auf 1 und 0 basiert, sei dahingestellt, da Zeit doch eigentlich nur eine Erfindung des Menschen ist ... genauso, wie der dreidimensionale Raum nur Einbildung ist ... das sind nur grüne Zeichen, die sich von dem schwarzen Hintergrund abheben, und so wie 1 und 0 aussehen, also Computererzeugnisse ... Zahlenfolgen von 0 und 1 ... 1 und 0 ... die Matrix lebt ...

Elisabeth Weigl

Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

# ARBEITERINNENBEWEGUNG IM SUDAN

Von Gerti Zupanich

Der Autor vertritt die These, dass Entstehung und Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung sowie die der Kommunistischen Partei eng mit dem Unabhängigkeitsbestrebungen bzw. der nationalen Befreiung des Sudan gegenüber Ägypten und Großbritannien verbunden ist. Diese theoretische Annahme versucht er in den ersten Kapiteln zu belegen. Die weiteren Kapitel beschreiben die wechselhaften Erfolge bzw. Nichterfolge bis zum Verbot der Gewerkschaft und der Kommunistischen Partei durch diktatorische Militärregime. Trotz dieser Einschränkungen sieht der Autor die sudanesischen ArbeiterInnenbewegung als eine der stärksten in Afrika an.

Da eine sozialdemokratische Partei sich nie im Sudan etablieren konnte, nimmt die SCP (Sudan Communist Party) eine zentrale Rolle sowohl bei der Entstehung der Gewerkschaftsbewegung als auch als Opposition gegenüber den jeweiligen Militär-Regimen ein. Die Gründung einer ersten gewerkschaftlichen Organisation, die der „Workers Affairs Association“ (WAA) der männlichen sudanesischen Eisenbahnarbeiter, ging von kommunistischen Bewegungen in Ägypten aus. Ideologischer Wegbereiter in Ägypten war Henri Curiel, ein Jude italienischer Abstammung, der einen marxistischen Studienkreis leitete. Mit der Unabhängigkeit des Sudan 1950 vom ägyptisch-britischen Kondominium musste die Kommunistische Partei und auch die Gewerkschaftsbewegung ohne die Unterstützung aus Ägypten auskommen. Der innenpolitische Prozess der Konsolidierung war nicht nur zu Beginn schwierig. Am Höhepunkt des Kalten Krieges hatte auch die USA ein Interesse an der Anbindung bzw. Stabilität prowestlicher Regime Afrikas. Demzufolge sollten Einfluss kommunistischer und anti-imperialistischer Bewegungen dieser Länder möglichst ausgeschaltet werden.

Mit der Machtübernahme der Regierung durch den General Gafaar Numayri – auch durch die Unterstützung der Kommunisten im Sudan – stellten diese zunächst vier Minister. Numayris Regime entwickelte sich zunehmend zu einem terroristisch-diktatorischem Regime mit einem Verbot der SCP (Sudan Communist Party), Einführung der Sharia-Gerichtsbarkeit, Installierung einer staatlichen Gewerkschaft und Verbot der freien, bis hin zur Ermordung von elf Mitgliedern der linken Opposition. Die Ausschaltung der Linken ging konform mit der Stärkung der islamisch-religiösen Eliten des Sudan und war begleitet von einem Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden, der bis heute, 2004, anhält.

Trotz des Verbotes während des Numayri-Regimes gelang es den freien Gewerkschaften und der SCP, sich im Untergrund zu organisieren und neue Strukturen aufzubauen. Nach dem Sturz Numayris 1985 – wieder durch das Militär und mit der Unterstützung der Linken –, begann eine kurze

Phase demokratischer Entwicklung bis zum Militärputsch 1989. Nicht nur der Zusammenbruch des „Realsozialismus“ 1989, auch die zunehmend islamisch beeinflusste Politik und Gesellschaft des Sudan bedeuten für freie Gewerkschaften – die Linke ist großteils im Exil – wenig Einfluss auf die Gestaltung und Durchsetzung von ArbeiterInnenrechten nehmen zu können. Ihre Rolle – wie bereits in den vergangenen fünfzig Jahren – ist die der Opposition damit wenigstens ein Etappenziel bei der Demokratisierung des Landes erreicht werden kann.

Meine Kritik am Buch bezieht sich weniger auf den wissenschaftlich gut recherchierten Inhalt des Buches, sondern auf den für mich irreführenden Titel „ArbeiterInnenbewegung“. Trotz der in der Einleitung vorangestellten These, die gewerkschaftliche Organisation sei eng mit der Entwicklung der Kommunistischen Partei verknüpft, habe ich mehr über die Rolle der Linken im Sudan erfahren und für meine Erwartungen zu wenig über eine ArbeiterInnenbewegung. Wobei die Rolle der „Arbeiterinnen“ gar nicht vorkommt: Das wird vom Autor damit erklärt, dass zu Beginn gewerkschaftlicher Organisation kaum Frauen in einem lohnabhängigen Arbeitsverhältnis standen. Meine Kritik an dieser Arbeit ist auch, dass die Beurteilung und Analyse, trotz Bemühen um wissenschaftliche Objektivität meiner Ansicht nach von einem europäischen Beobachtungsstandpunkt erfolgt ist und die eigentlichen AkteurInnen, die FunktionärInnen und AktivistInnen und ihre persönlichen Erfahrungen im Kampf um Rechte im Sudan inhaltlich nicht berücksichtigt wurden. Das finde ich schade, weil der Autor Interviews mit AkteurInnen geführt hat (die Transkriptionen befinden sich im Anhang).

**Gerti Zupanich**

Absolventin des ipw und Redaktionsmitglied

Der Autor Thomas Schmidinger, geboren 1974, studierte Ethnologie und Politikwissenschaft in Wien, Redakteur der Zeitschrift Context XXI, Autor mehrerer alternativer Zeitschriften, Gründer der Westpapua-Solidarität in Wien und Mitarbeiter der im Irak tätigen Hilfsorganisation Wadi Verlag: Peter Lang, 2004, Frankfurt/M. – Schriftenreihe Europäische Hochschulschriften XXXI, 269 Seiten, ISBN 0721-3654, 40,- □

# to puzzle over phantom

## Ein Versuch gegen das Schweigen

Von Luise Luksch

**W**as tut man, wenn man Verwandtschaft mit einem NS-Täter aufweisen kann, der abwesend ist? Was geschieht in Momenten, in denen man realisiert, daß jener Verwandte aktiv für zahlreiche Morde verantwortlich ist? Was weiß man eigentlich Genaues über diesen Verwandten? Beginnt man zu recherchieren? Stellt man Fragen? Warum spricht niemand aus der Familie über den Abwesenden? Gibt es überhaupt etwas zu besprechen, zu erfragen, zu rekonstruieren? Wenn ja, weshalb ist man die erste bzw. einzige Person aus der Familie, die das Bedürfnis dazu verspürt?

Das sind nur einige der vielen Fragen, die Claudia Brunner und Uwe von Seltsmann seit langer Zeit begleiten. Claudia Brunner ist 1972 geboren, hat Politikwissenschaft studiert und ist die Großnichte von Alois Brunner, der rechten Hand Adolf Eichmanns, einem vielgesuchten Nazi, der für tausende Tote verantwortlich ist. Uwe von Seltsmann ist 1964 geboren, arbeitet als Journalist und ist der Enkel von Lothar von Seltsmann, einem Nazi, der an der Niederschlagung des Warschauer Ghettoaufstandes beteiligt gewesen ist. In ihrem Buch schildern beide ihren fast schon als zwanghaft empfundenen Drang, die verdunkelte Familiengeschichte zu beleuchten, Fragen zu stellen, sich ein Bild zu machen. Doch wozu eigentlich? Auch das ist eine immer wiederkehrende Frage, die eine von mehreren Parallelen in Brunners und von Seltsmanns Leben darstellt.

Claudia Brunner wählt den autobiographischen Weg als Mittel zur Nachzeichnung ihrer Beschäftigung mit ihrem Großonkel und der damit verbundenen Suche nach Antworten. Die LeserInnen steigen dort ein, wo einst auch die Autorin den Anfang ihrer Konfrontation mit der eigenen Familiengeschichte setzte – in einem Hörsaal der Uni Wien 1999, wo sie sich zu einem Referat über den NS-Verbrecher meldet. Die folgende Schilderung der Referatsvorbereitung skizziert Alois Brunner und sein „Schaffen“ sehr klar und deutlich, und auch Claudia Brunners blankes Entsetzen nach abgeschlossener Recherche der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur.

Mit dem gleichen Wissensstand ausgestattet, beginnt nun für die LeserInnen und die Autorin eine Art Verfolgungsjagd in Etappen. Ein Treffen der dritten Generation zwischen jüdischen Israelis und ÖsterreicherInnen in Wien, zur Begegnung mit den jeweiligen Familiengeschichten, die Mitarbeit bei der Planung und Durchführung einer Gedenkveranstaltung im KZ Mauthausen, ein Seminar mit denselben österreichischen und israelischen Leuten, diesmal in Jerusalem/Tel Aviv, zur Fortsetzung der Begegnung, Museen und Gedenkstätten, zwischenzeitlich ein Interview für eine TV-Dokumentation (als Rückblende beschrieben), und schließlich der Prozeß gegen Alois Brunner in Paris, wo der Angeklagte abwesend bleibt, aber der Saal voller Angehöriger seiner Opfer ist, die dem längst überfälligen Schuldspruch beiwohnen möchten. Nach dem Prozeß ein Interview für den ORF und einen französischen Sender – als

die einzige der ganzen Familie Brunner, die hier anwesend ist, quasi als pars pro toto. Kurz darauf ein Aufenthalt in einem Pariser Spital, die Psychosomatik bahnt sich Raum (und Zeit). Gegen Ende der Erzählung spitzt es sich zu. Die Autorin realisiert, daß manche aus der Familie mit dem nach Syrien geflohenen Brunner jahrelangen schriftlichen Kontakt gehalten haben. Mehr noch, sie erinnert sich wieder an ihren eigenen, längst verdrängten Briefkontakt.

Trotz der Schwere und Schwierigkeit dieses Themas, liest sich Brunners Erzählung ähnlich spannend und fesselnd wie eine Kriminalgeschichte. Eine Zeit lang ist man sogar versucht zu glauben, man ist mit ihr gemeinsam ganz knapp dran, ihn zu finden, einer Begegnung mit dem Großonkel beizuwohnen, endlich diesen Mann zu treffen, ihn „dingfest“ zu machen – endlich diese eine Frage stellen zu können: Warum?

Doch es bleibt dabei. Wonach alle fragen, wird Claudia Brunner weiterhin nicht beantworten können. Der Aufenthaltsort ihres Großonkels ist unbekannt – ob er noch lebt ebenso.

Uwe von Seltsmanns Geschichte ist zwar ebenso autobiographisch, gleicht aber vielmehr einem Reiseroman eines Journalisten. Die Recherche über seinen Großvater, Lothar von Seltsmann, bringt ihn an sehr viele Orte. Der Autor muß nach und nach feststellen, daß er zuvor schon unbewußt Städte bereist hat, wo sich auch sein Großvater damals im Zuge seiner „Tätigkeit“ aufgehalten hat. Die Reisefreudigkeit, das Interesse an osteuropäische Staaten, die Bücherliebe, sogar sein Aussehen – alles Ähnlichkeiten mit dem Großvater.

So wie Alois Brunner stellt Lothar von Seltsmann ein Phantom dar, über das innerhalb der Familie gern geschwiegen wird. Der Autor weiß zu Beginn seiner Suche nur, daß sein Großvater SS-Mann war – ihm wird von einigen Familienmitgliedern versichert, sie hätten bereits nachgeforscht, ihr Vater wäre aber bestimmt kein Mörder gewesen. Nach endlosen Archivrecherchen und mit Hilfe einer Reihe von Zufällen, erfährt er, was er ohnehin bereits geahnt hat: die Mitgliedschaft bei den SS-Totenkopfverbänden, die rege Verbindung zu Odilo Globocnik, weitere Beweise (z.B. Aktennotizen über Seltsmanns Aufenthalte und Versetzungen), die zwingend darauf hindeuten, daß Lothar von Seltsmann tatsächlich an der „Räumung“ des Warschauer Ghettos teilgenommen hat (laut dem Historiker Bertrand Perz wahrscheinlich auch an der des Krakauer Ghettos). Dem Autor ergeht es ähnlich wie Claudia Brunner – über den Verbleib seines Großvaters gibt es keine Angaben, nur die Sicherheit, daß er nicht mehr lebt (und selbst bei dieser Information gibt es zwei verschiedene Daten).

Während Claudia Brunner in geradlinigem Stil, sehr gerafft und ohne Umschweife schreibt, gestaltet sich die Lektüre von Selt-

manns Erzählung teilweise holprig. Durch detailverliebte Beschreibungen von Orten und Landschaften und mit Aktenzahlen überfrachtete Zitate der ihm vorliegenden Dokumente gerät der Lesefluß manchmal leider ins Stocken.

Dennoch werden beide ihrem Buchtitel gerecht. Sie brechen ihr eigenes und das Schweigen ihrer Familien, schreiben über das bisher Unaussprechliche, machen die Orientierungslosigkeit in Bezug auf ihre Familien-Phantome öffentlich – und liefern sich letztlich damit der Kritik aus. „Diese Realität, die nicht immer einfach benennbar und angreifbar ist, wollen wir in diesem

Buch auch anderen zugänglich machen.“ (S. 7) Gerade dieser Zugang scheint mir sehr empfehlenswert.

**Luise Luksch**

Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

Claudia Brunner, Uwe von Seltmann, *Schweigen die Täter reden die Enkel*, Frankfurt/M., 2004, Edition Büchergilde, 1. Auflage, 189 Seiten, gebunden, 20,50 €, ISBN 3-936428-26-3

## **„Die Wiedergeburt Europas“**

### Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur „einsamen Supermacht“

Der völkerrechtswidrige Krieg der USA und ihrer „Allianz der Willigen“ gegen den Irak hat die Debatte über die Identität Europas neu belebt. Die Einteilung von US-Verteidigungsminister Rumsfeld in ein „altes“ und ein „neues“ Europa hat dazu ihr Übriges getan. Die von Jürgen Habermas und Jacques Derrida unter dem Titel „Die Wiedergeburt Europas“ angestoßene Diskussion über die Finalität Europas begleitet die Öffentlichkeit durch den Irak-Krieg und über den Prozess zur Verabschiedung einer EU-Verfassung hinaus.

Die Bedingungen, Ziele und Widersprüche einer „Emanzipation“ Europas von den USA stehen im Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Soll sich die EU militärisch auf Augenhöhe zur „einsamen Supermacht“ USA hochrüsten oder können jene Kräfte mehr Gestaltungsmöglichkeiten erlangen, die der gegenwärtigen Militarisierung der internationalen Beziehungen das Konzept einer „Zivilmacht“ entgegensetzen wollen?

Der Verfassungsentwurf der nunmehr auf 25 Staaten erweiterten EU sieht eine Verpflichtung zur Aufrüstung vor und festigt den globalen militärischen Interventionismus. Welche Rolle spielen die neuen EU-Mitglieder im Ringen um ein deutsch-französisches Kerneuropa? Kommt die EU einem gesamteuropäischen kooperativen Sicherheitskonzept näher oder formiert der transatlantische Streit die Bedingungen für eine wei-

tere globale Hegemonialmacht? Es stellt sich hier nicht nur die Frage der Sicherheit für Europa, sondern auch der Sicherheit vor Europa.

Die USA als Supermacht sind auch deshalb zunehmend „einsam“ geworden, weil ihr Konzept des Unilateralismus bzw. der militärischen ad-hoc-Allianzen dem Gewaltverbot der Vereinten Nationen entgegensteht. Ist die UNO angesichts des von den USA erklärten „permanenten Krieges“ gegen den Terror ihren Herausforderungen gewachsen? Welche Möglichkeiten zur Stärkung der Weltorganisation haben die Nationalstaaten, die Regionalorganisationen und die Zivilgesellschaft? Ist durch diese Entwicklung der Militärpakt NATO nicht schon längst zum Papiertiger geworden?

Die „zweite Weltmacht Öffentlichkeit“ (New York Times) hat nach den weltweiten Protesten gegen den Irak-Krieg im Prozess der Sozialforen die Debatte um einen alternativen EU-Verfassungsentwurf abseits neoliberaler und neoimperialer Strukturen begonnen. Dieser in der Geschichte beispiellose Prozess einer veränderten Bedeutung politischen Engagements stellt uns alle vor neue Aufgaben.

**Thomas Roithner**

#### **21. Internationale Sommerakademie** **Friedenszentrum Burg Schlaining/Burgenland** **Sonntag, 4. – Samstag, 10. Juli 2004**

Themen sind amerikanische und europäische Antworten auf dem Weg zu einer neuen WeltUNordnung, die Verfassung der EU, die sicherheitspolitische Finalität Europas, der transatlantische Streit um die globale Hegemonie, Engagement und Strukturen gegen die militärische Globalisierung, die Zukunft des Multilateralismus, die Anti-Amerikanismus-Debatte in Österreich, Friedensjournalismus, Pazifismusdebatten, Wege aus struktureller Gewalt, transatlantischer Cyberwar u.v.a.

**ReferentInnen:** Ekkehart Krippendorff, Ernst-Otto Czempel, Dolores M. Bauer, Werner Ruf, Corinna Hauswedell, Otfried Nassauer, Claudia Haydt, Sepp Wall-Strasser, Norman Paech, Peter Gerlich, Peter Strutynski, Nadine Bilke, Nonno Breuss, Peter Pilz u.v.a.

**Teilnahme:** Euro 20 für Studierende für die ganze Woche (Unterbringung in Hotels, Gästehäusern oder kostenlose Unterbringung)

**Anfragen:**

**ÖSFK Wien, Thomas Roithner**

Tel. 01 – 79 69 959, e-Mail: [aspr.vie@asprac.at](mailto:aspr.vie@asprac.at)

Vollständiges Programm: <http://www.asprac.at/sak2004.htm>

## Sammelgebiete

Aus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den speziellen Forschungs- und Projektschwerpunkten des Österreichischen Instituts für Internationale Politik-OIIP entstand in den letzten 25 Jahren eine wissenschaftliche Fachbibliothek im Bereich der Internationalen Beziehungen.

Die Bibliothek verfügt über Literatur zu folgenden Themenbereichen der Internationalen Politik:

- ) Entwicklungen in der Weltpolitik
- ) Theorien internationaler Beziehungen
- ) Transatlantische Beziehungen
- ) Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Osterweiterung der EU
- ) Europäische, Internationale und Umfassende Sicherheitspolitik
- ) Zukunft der NATO
- ) Politische Entwicklung, Außen- und Sicherheitspolitik Zentral- und Osteuropas
- ) Politische Entwicklung, Konflikte und Sicherheit in Südosteuropa
- ) Konflikte im Nahen Osten
- ) Jüdische Geschichte und Antisemitismus
- ) Migration, Nationalismus, ethnische Konflikte
- ) Frauen in der Internationalen Politik
- ) Entwicklungspolitik
- ) Internationale Konfliktbearbeitung

## Bestand

Der Bestand umfasst derzeit ca. 9.000 Bände sowie ca. 120 laufend gehaltene Zeitschriften und Fachjournale.

Bis 1997 ist der Buchbestand durch einen konventionellen Zettelkatalog dokumentiert. Seit 1998 werden die Neuzugänge elektronisch erfasst. Der Online-Katalog ist im Intranet zugänglich und dokumentiert neben dem Buchbestand auch die für die Forschungsschwerpunkte relevanten Zeitschriftenartikel. Derzeit sind im Online-Katalog ca. 6.000 Zeitschriftenartikel nachgewiesen und ausgewertet. Neben der deutschsprachigen Literatur gibt es einen umfangreichen englischsprachigen Literaturbestand. Hingewiesen sei hier aber auch auf den gut sortierten russischsprachigen Zeitungs- und Zeitschriftenbestand.

## Serviceangebot

### **Literaturlisten**

Zum festen Serviceangebot der Bibliothek gehört die Recherche und das Erstellen von Literaturlisten zu speziellen Themen aus dem eigenen Bestand.



Ebenso werden Literaturlisten zu allen OIIP-Veranstaltungen erstellt. Diese liegen als Printversion während der Veranstaltungen auf und können von unserer Website elektronisch abgerufen werden.

### **Bücherhighlights**

Empfehlenswerte Literatur zu Themen der OIIP-Forschungsschwerpunkte können Sie auf der OIIP-Website elektronisch abrufen.

### **Recherchieren**

Den BesucherInnen stehen drei Computerarbeitsplätze für selbstständige Recherchearbeiten zur Verfügung.

### **Kopieren**

Es besteht die Möglichkeit Fotokopien zu erstellen. Kosten pro Kopie (A4 u. A3 zum selben Preis):  0,10/Kopie beim Kopieren durch die/den BibliotheksbenutzerIn,  0,50/Kopie durch das Bibliothekspersonal.

### **Entlehnung übers Wochenende**

Bücher und Zeitschriften können von Donnerstag bis Montag gegen Entrichtung einer Gebühr in der Höhe von  1,- pro Objekt entlehnt werden. Für die Entlehnung ist weiters die Hinterlegung eines gültigen Lichtbildausweises erforderlich.

## Öffnungszeiten

Die Bibliothek ist nach telefonischer Voranmeldung an folgenden Tagen zugänglich:

- MO 14.00 - 16.00 Uhr
- DI 09.00 - 16.00 Uhr
- DO 09.00 - 16.00 Uhr

### **Kontakt:**

**Mag.<sup>a</sup> Susanne Fleck**  
Tel. +43 (0)1/581 11 06-31  
Fax +43 (0)1/581 11 06-10  
library@oiip.at